

(Beginn: 9.08 Uhr - Ende 11.59 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 13. Sitzung unserer derzeitigen Wahlperiode und begrüße unsere Gäste - herzlich willkommen auf der Zuschauertribüne! -, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich Sie alle als Mitglieder des Rates ganz herzlich.

Für den heutigen Tag haben wir uns viel vorgenommen. Heute Morgen steht die angekündigte Verabschiedung des städtischen Haushalts auf der Tagesordnung. Ab 15 Uhr folgt dann noch eine reguläre Ratssitzung, in der wir auch zahlreiche Beschlüsse zu fassen haben.

Zu Anfang möchte ich Herrn Götz als neues Ratsmitglied in sein Amt einführen. Er hat sein Ratsmandat mit Erklärung vom 19. Mai 2015 angenommen.

Herr Götz, darf ich Sie bitten, freundlicherweise nach vorne zu kommen? Sie kennen die Zeremonie ja schon. Nachdem zwischendurch ein Jahr Pause war, muss ich Sie jetzt aber noch einmal verpflichten.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, sich zu erheben.

Im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Mitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

Herzlich willkommen!

(Stefan Götz [CDU]: Vielen Dank! - Beifall - Oberbürgermeister Jürgen Roters übergibt Stefan Götz [CDU] Unterlagen)

- Falls sich etwas geändert haben sollte.

(Heiterkeit - Die CDU-Fraktion gratuliert Stefan Götz [CDU] - Birgit Gordes [CDU]: Stefan, schön wäre es ja vor einem Jahr gewesen! - Gegenruf von der CDU: Aber mit weniger Aufmerksamkeit verbunden gewesen! - Gegenruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Er hat doch gar nichts verpasst!)

Entschuldigt haben sich für heute Frau Welcker und Frau Wolter.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Kircher, Frau Roß-Belkner und Herrn Thelen.

Jetzt müssen wir zunächst einmal die Tagesordnung festlegen. Ihnen liegt der Entwurf mit den entsprechenden Zu- und Absetzungen vor.

Da es sich um die Haushaltssatzung handelt, also das Haushaltsbuch der Stadt, haben wir uns heute doch einiges vorgenommen.

Ich schlage vor, dass wir das Verfahren aus der Haushaltssitzung des Finanzausschusses aufgreifen.

Ein großer Teil der Vorlagen, die wir auf der Tagesordnung haben, ist zwischenzeitlich über den politischen Änderungsnachweis in den Haushaltsbeschluss unter TOP 11 eingeflossen. Diese Vorlagen sind damit bereits sozusagen erledigt. Sie sind dort beraten worden, sodass die Beschlüsse dazu mit in den Haushalt einbezogen werden und sich damit erledigt haben.

Soweit sich aus dem politischen Veränderungsnachweis noch Handlungsbedarf für die Verwaltung ergeben sollte bzw. ergibt, werden diese Beschlüsse natürlich entsprechend umgesetzt.

Bei den auf diesem Wege erledigten Vorlagen handelt es sich um die Tagesordnungspunkte 2.1, 7.4, 7.5, 7.6, 7.7, 7.8, 7.9, 7.10, 7.11, 7.12, 7.13, 7.14, 7.15, 7.16, 7.17 und 7.18. - Das hätte ich auch kürzer machen können.

(Heiterkeit)

Aber jetzt haben wir es ja gemeinsam so hinbekommen.

Zusetzungen sind die Punkte 7.17 und 7.18 sowie der Punkt 7.19, der den Punkt 7.2 ersetzt.

Abgesetzt wird der Punkt 7.2, weil er durch den Punkt 7.19 ersetzt wird.

Gibt es Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann schlage ich vor, dass wir - wie in den Vorjahren - von der Möglichkeit Gebrauch machen, die unsere Geschäftsordnung bietet, und die Redezeit für diesen Einzelfall abweichend von den sonst üblichen 5 Minuten festsetzen.

Jede politische Gruppierung soll die Möglichkeit erhalten, einmal hier im Rat zur Verabschiedung der Haushaltssatzung zu sprechen.

Die verlängerte Redezeit soll dann auch die sonstigen Punkte und Anträge dieser Sitzung erfassen, sodass wir diese Sitzung möglichst effektiv gestalten und in einem Durchgang auch alle sonstigen Beschlüsse mitbehandeln.

In der Vergangenheit sind wir zudem regelmäßig mit einer Rederunde ausgekommen.

Die Redezeit soll, wie üblich, nach der Größe der Gruppierungen gestaffelt werden. Das würde Folgendes bedeuten: Die Fraktionen der SPD und der CDU erhalten eine Redezeit von jeweils maximal 30 Minuten. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält eine Redezeit von 25 Minuten. Die Linken und die FDP haben die Gelegenheit, bis zu 20 Minuten zu sprechen. Die AfD kann bis zu maximal 15 Minuten sprechen. Die Gruppen Piraten, Deine Freunde und pro Köln haben bis zu 12 Minuten Redezeit. Der Einzelmandatsträger Herr Henseler darf bis zu 10 Minuten sprechen.

Ich hoffe, dass Sie mit dieser Verteilung einverstanden sind. Sie müssen die Redezeiten natürlich nicht in vollem Umfang ausschöpfen, können das aber. Sie können auch, wie ich schon einmal angedeutet habe, die Redezeit innerhalb der Fraktion aufteilen und dann nacheinander sprechen.

Dann stimmen wir darüber ab. Wer ist gegen die so vorgeschlagene Festsetzung der Tagesordnung und der Redezeit? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Dann kommen wir zu der Haushaltsdebatte. Ich darf für die SPD Herrn Börschel aufrufen.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Oberbürgermeister, ich habe den mahnenden Unterton in Ihren Worten, dass es hier um Maximal- und Bis-zu-Redezeiten geht, sehr wohl verstanden.

Allerdings will ich gleich zu Beginn eine Anregung für künftige Haushaltssitzungen machen. Offen gestanden, bin ich dieses Jahr zu spät gewesen, um da auf meine Kolleginnen und Kollegen zuzugehen. Eine Haushaltsdebatte, wie der Oberbürgermeister sie gerade genannt hat, haben wir aber traditionell im Kölner Rat eher nicht. Das finde ich außerordentlich schade. Ich meine, dass wir ab dem kommenden Jahr unbedingt überlegen sollten, wie wir, den Beispielen anderer Städte oder auch anderer Parlamente folgend, ein bisschen mehr Zunder in die Haushaltsdebatte kriegen können - nicht am Stück

vorgetragene Reden, die dann oft eher abgelesen werden müssen, sondern eine wirkliche Wort-und-Widerwort-Debatte.

Das nur einmal vorneweg. Ich wäre sehr dankbar, wenn wir für die Zukunft da eine Vereinbarung treffen könnten.

(Beifall bei der SPD und der FDP - Jörg Detjen [Die Linke.]: Sie können ja schon einmal anfangen!)

- Ich kann ja nicht mit mir selbst diskutieren, Herr Kollege Detjen. Das ist ja die Schwäche. Zur Not würde ich das auch noch machen. Ich übernehme ja gerne auch einmal Ihre Aufgaben. Das hat dann aber auch alles seine Grenzen.

In Zeiten wie diesen kann man eine ordentliche Haushaltsrede natürlich nicht halten, ohne zu Beginn auf die allgemeine Lage kommunaler Finanzen hinzuweisen; denn das ist der Rahmen, in dem wir uns alle - auch hier in Köln und im Rat der Stadt Köln - befinden.

Aktuell hat die Bertelsmann-Stiftung eine Studie herausgegeben, die uns noch einmal klar vergegenwärtigt, dass sich insbesondere die Sozialkosten der Städte und Gemeinden in den letzten Jahren explosionsartig vermehrt haben. Diese Studie bringt auf den Punkt, dass die Steigerung in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt bei 50 Prozent lag.

Dies macht bereits einen Teil unseres großen Dilemmas bei den Kommunalfinanzen deutlich. Ebenso trägt dazu allerdings der Umstand bei, dass die Stadt Köln nach wie vor jedes Jahr für den Fonds Aufbau Ost knapp 80 Millionen Euro aufbringen muss - 80 Millionen Euro, für die wir Kredite aufnehmen müssen, um sie dann in den Fonds Aufbau Ost einzuzahlen.

Diese beiden Umstände kumuliert belegen schon eindeutig, wie ein Teil der Lösung aussehen kann und aussehen muss; denn ohne diese Effekte hätten wir in Köln seit Jahren nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt, sondern auch endlich Spielraum für alle notwendigen Zukunftsinvestitionen in unsere wachsende Stadt.

Jetzt muss man zugeben, dass insbesondere das Land Nordrhein-Westfalen und der Bund in der jüngeren Vergangenheit wichtige Entlastungen beschlossen haben. Das ist gut. Darüber freuen wir uns. Möglicherweise haben auch mit unseren kleinen, bescheidenen Mitteln aus der Stadt Köln heraus viele ihren Anteil daran, was Abgeordnete in Bund und Land angeht, hier für die richtige Sensibilität zu sorgen.

Die aktuellen Maßnahmen der Regierungen in Düsseldorf und Berlin holen aber nicht einmal im Ansatz das nach, was in den Jahrzehnten zuvor versäumt wurde. Diese Lasten schieben wir immer noch vor uns her.

Allzu oft gilt noch das gewährende Motto, man müsse den armen Kommunen helfen. Wir wollen aber - da spreche ich, wie ich hoffe, im Sinne aller hier im Rat Versammelten, auch der Stadtverwaltung - keine Hilfe, sondern die Anerkennung, dass in den Städten und Gemeinden Deutschlands Zukunft gemacht wird, dass wir die Basis des Gemeinwesens sind, dass hier Aufgaben wie Integration, Bildung und Fortschritt stattfinden und nicht auf anderen staatlichen Ebenen. Das muss endlich auch in den Köpfen unserer überregional Verantwortlichen ankommen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Aufgaben gibt es weiß Gott genug - erst recht in einer so stark wachsenden Stadt wie Köln, die, wie wir gelernt haben, in den nächsten Jahren und Jahrzehnten um bis zu 200 000 Menschen wachsen soll.

Ich nehme an, dass ich nicht alleine bin mit dem Unbehagen, das mich angesichts der großen Unschärfe in den Prognosen beschleicht. Wir wissen, dass IT.NRW nach neuesten Schätzungen von bis zu 200 000 neuen Kölnerinnen und Kölnern ausgeht. Die Stadtverwaltung selbst - die, wie man zugeben muss, in den vergangenen Jahren mit ihren Prognosen regelmäßig besser war und näher an der Wahrheit lag - rechnet mit etwas geringeren Zahlen. Alleine die Differenz zwischen der Schätzung der Stadt Köln und der Schätzung von IT.NRW macht aber 50 000 Menschen aus und entspricht damit der Einwohnerzahl der Stadt Kleve. Das bedeutet, dass wir es hier doch mit einer enormen Unsicherheit zu tun haben, auf die wir uns trotzdem einstellen müssen.

Diese Herausforderung einer stark wachsenden Stadt - dass sie wächst, ist ja unstreitig - muss sich auch im Haushalt widerspiegeln. Deswegen war für uns der Maßstab in unseren Beratungen: Trägt dieser von Oberbürgermeister, Stadtkämmerin und dem gesamten Stadtvorstand vorgelegte Haushalt zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit Kölns bei, oder tut er das nicht?

Wir haben uns entschieden, insgesamt gerundet 23 Millionen Euro umzuschichten. Das klingt bei einem Haushalt von 4 Milliarden Euro nicht viel. Wir halten aber jede einzelne dieser Umschichtungen für nötig, weil sie nötig war zur Reparatur,

zum Ausgleich von Unwuchten, insbesondere im sozialen Bereich, weil wir es aber auch für nötig gehalten haben, einige Gestaltungselemente zu setzen und das Geld dafür zu nutzen.

Es ist schon oft der Spruch bemüht worden, dass Haushalte die Königsdisziplin eines jeden Parlaments und damit auch eines Stadtrats sind. Das ist sicherlich auch in Köln der Fall. Allerdings weiß ich, dass es nach der letzten Kommunalwahl hier im Rat viele Kolleginnen und Kollegen gibt, für die diese Haushaltsverabschiedung die erste in ihrer politischen Karriere ist. Deswegen ist es mir wichtig, Sie auf Folgendes hinzuweisen: Bitte gewöhnen Sie sich nicht an das Haushaltsverfahren, das wir in diesem Jahr hatten.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

In vielerlei Hinsicht hat es doch einige Merkwürdigkeiten in sich.

Es gibt aber in den vergangenen Jahren auch Verbesserungen. Frau Stadtkämmerin Klug, unter Ihrem Vorgänger war es schon mal üblich, dass eine Ratsmehrheit politische Wünsche formulierte und der Kämmerer dann die Zeit zwischen der Finanzausschusssitzung und der folgenden Ratssitzung nutzen musste, um die notwendige Deckung zu besorgen.

Diese Zeiten sind gottlob vorbei. Seit elf Jahren sorgt die sich jeweils konstituierende Ratsmehrheit selbst dafür, dass ihre eigenen Vorschläge auch immer gedeckt sind. Das sucht seinesgleichen. Es ist nicht nur in der Geschichte Kölns keine Selbstverständlichkeit, sondern auch im Vergleich mit anderen Städten und Gemeinden. Das dürfen wir mit allem Selbstbewusstsein sagen, finde ich. Diese Rolle und diese Aufgabe hat der Rat der Stadt Köln zumindest in der letzten Dekade immer angenommen.

Wenn das aber so ist und wenn wir, glaube ich, alle miteinander sagen können, dass der Stadtrat sich seiner Verantwortung und auch der Verantwortung für die Konsolidierungsnotwendigkeiten in Köln bewusst ist, erwarte ich, dass auch die Stadtverwaltung ihre Rolle anders definiert. Wir haben in den letzten Jahren eine schleichende Verlagerung der Verantwortung in Haushaltsfragen von der Verwaltung auf den Rat erlebt. Der Rat hat mehr und mehr Aufgaben der Stadtverwaltung im Haushaltsprozess übernommen.

Ich will hier ganz offen, ehrlich und klar sagen: Das geht so nicht weiter. Wir müssen uns deutlich mehr an unseren ursprünglichen Aufgaben und Rollen orientieren. Das bedeutet, dass die

Stadtverwaltung einen in sich schlüssigen, priorisierten Haushalt vorlegt, den dann der Stadtrat beraten kann und auf dessen Grundlage er seine Schwerpunkte und Initiativen festlegen kann. Dies ist in den letzten Jahren Stückchen für Stückchen und ganz schleichend aus den Fugen geraten.

Liebe Frau Stadtkämmerin, deswegen möchte ich Ihnen ausdrücklich Rückendeckung für ein anderes Verfahren in Zukunft zusichern. Es muss früher sein, es muss vollständiger sein, es muss transparenter sein, und es muss kommunikativer sein.

Es kann nicht sein, dass wir uns selbst aus Istzahlen von Haushalten vergangener Jahre die Vergleichsdaten zusammensuchen müssen. Immerhin haben Sie sie ja zur Verfügung gestellt. Vielen Dank dafür. Es war aber doch eine sehr, sehr merkwürdige Situation, dass am Ende ehrenamtliche Ratsmitglieder in Wochen mit Nachsitzungen und vielen weiteren Zusammenkünften diese Dinge, die eigentlich die Verwaltung hätte vornehmen müssen, selbst vorgenommen haben.

Ich bitte Sie dringend: Nutzen Sie dazu auch Ihre Möglichkeiten aus der Gemeindeordnung. Sie sind als Stadtkämmerin mit verschiedenen Rechten ausgestattet. Es ist mir sehr wichtig, Ihnen da Rückendeckung zu geben und zu sagen, dass Sie sie bitte auch nutzen mögen.

Die Entscheidung des Stadtvorstandes, Globalpositionen in den Haushaltsentwurf aufzunehmen, die erst später ausgefüllt werden, hat das Bild total verzerrt. Das hat leider zu einer nicht runden Haushaltsberatung beigetragen.

Wenn dann auch noch Beigeordnete die Vorschläge intern akzeptieren, um sich später öffentlich von den eigenen Vorschlägen zu distanzieren, gerät ein ordnungsgemäßes Verfahren vollends aus den Fugen.

So kann das nicht bleiben. Ich bitte alle Kolleginnen und Kollegen im Stadtvorstand, dies bitte in Zukunft zu beherzigen. Sonst kann man nicht vernünftig arbeiten, weder im Stadtvorstand noch im Stadtrat.

(Beifall bei der SPD)

Ein letzter Hinweis im Rahmen dieser Eingangsbemerkungen: Ja, wir brauchen dringend einen echten Konsolidierungspfad mit strategischer Prioritätensetzung. Ich frage nicht nur mich, sondern auch Sie: Findet diese Debatte um strategische Prioritätensetzungen wirklich im Stadtvor-

stand statt? Meines Erachtens - diese Vermutung will ich einmal in den Raum stellen - ist da noch Luft nach oben. Ich bitte Sie dringend, diese Luft nach oben in Zukunft auch zu nutzen.

Eingangs hatte ich gesagt, an welchen Kriterien wir den vorgelegten Haushalt messen wollen. Jetzt würde ich gerne an den einzelnen Dezernaten entlang einige dieser Schwerpunkte, die wir in den politischen Beratungen bewegt haben, hier benennen.

Beginnen kann, will und muss ich natürlich mit dem Dezernat des Stadtdirektors.

Wir haben die größten Personalzusetzungen seit langem, nämlich 825 Mehrstellen. Das klingt auf den ersten Blick mehr, als es in Wahrheit bedeutet, weil dahinter ein massiver Aufgabenausbau steht, insbesondere bei Schulträgeraufgaben und beim Kitausbau.

Aber auch die Auflösung von Verdichtungen, die weder den Beschäftigten weiter zumutbar waren noch mit einer modernen dienstleistungsorientierten Verwaltung in Einklang standen, hat dazu geführt, dass es diesen Bedarf an Mehrstellen gibt.

Wenn man zum Beispiel sieht, dass im Bereich von Baugenehmigungsverfahren eine ganze Dezernatengeneration die Sparbeiträge maßgeblich durch Personalreduzierungen erbracht hat, wird einem klar, dass wir hier auf einem falschen Weg waren.

Herr Stadtdirektor Kahlen, ich finde es ausdrücklich gut, dass Sie den Mut gehabt haben, diesen Kurs zu korrigieren, und sich gemeinsam mit Ihren Kolleginnen und Kollegen dafür eingesetzt haben, dafür zu werben, dass es dort, wo es notwendig und erforderlich ist, mehr Personal in der Stadtverwaltung gibt.

Explizit will ich hier einmal den Bereich der Ordnungskräfte herausgreifen, weil Sie sich dafür ganz persönlich eingesetzt haben. Es ist absolut sinnvoll und richtig, diese Ordnungskräfte zuzusetzen. Wir erwarten, dass dort, wo notwendig, eine ordentliche, gute und professionelle Vernetzung mit Sozialarbeit und Streetworkern stattfindet.

Ich appelliere an Sie: Denken Sie bei dem Einsatz dieser Ordnungskräfte aber bitte nicht nur an die City, sondern auch an die Veedel. Sie haben den Einsatz dieser Kräfte in unserer Stadt genauso verdient und nötig wie die City.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Das Personal insgesamt ist unser wichtigstes Kapital. Motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die auch für Zukunftsaufgaben und neue Anforderungen gerüstet sind, brauchen wir unbedingt. Daher müssen wir auf eine moderne Führungskultur achten und die notwendige Fortbildung ermöglichen. Auch hierzu haben wir im Haushalt zusätzliche Mittel bereitgestellt.

Ich erlaube mir in diesem Bereich des Personals für die Zukunft folgende Frage: Warum sollten wir nicht noch stärker auf Know-how-Transfer zwischen Verwaltung und städtischen Gesellschaften oder gar komplett privaten Firmen setzen? Nach meiner Überzeugung trägt das dazu bei, dass sich auf der einen Seite die städtischen Töchter stärker mit der Stadt identifizieren und dass es auf der anderen Seite insgesamt ein größeres Verständnis unter- und füreinander gibt. Diesen Punkt sollten wir im Bereich des Personalaustauschs unbedingt für die Zukunft beachten.

Dezernat III, Wirtschaft und Liegenschaften: Hier möchte ich gerne noch einmal die allgemeine Weisheit wiederholen, die nicht in jeder politischen Entscheidung, weder in Köln noch überörtlich, immer ausreichend durchschlägt: Die Wirtschaft ist die Basis unseres Wohlstands und unserer Finanzkraft. Man kann nur verteilen, was zuvor erwirtschaftet wurde.

Das findet sich - und das will ich ausdrücklich kritisieren - in den ursprünglich vom Stadtvorstand vorgelegten strategischen finanziellen Vorgaben aus unserer Sicht nicht ausreichend wieder. Hier bestand großer Veränderungsbedarf.

Besonders schmerzhaft haben wir das empfunden und deutlich gesehen beim zweiten Arbeitsmarkt mit dem Programm „Win-Win für Köln“. Dies haben wir korrigiert und die Mittel wieder zugesetzt, weil es ein Fehler gewesen wäre, hier zu sparen und damit ein falsches Zeichen zu setzen.

(Beifall bei der SPD)

Standortmarketing, Tourismus, Kreativwirtschaft und digitale Wirtschaft sind einige, aber eben wichtige Beispiele für Zukunftsinvestitionen in unsere wachsende Stadt. Hier ist es uns gelungen - zum Beispiel dank der Kulturförderabgabe -, Akzente zu setzen, um den Haushaltsvorschlag der Stadtverwaltung in Teilen zu verändern.

Ich freue mich sehr darüber - das sage ich ohne jeden Zynismus -, dass CDU und FDP mit der

Kulturförderabgabe offensichtlich ihren Frieden geschlossen haben. Sie haben ja im Finanzausschuss den Vorschlägen zur Verwendung der Kulturförderabgabe zugestimmt. Ich finde das gut und danke Ihnen dafür, weil ich es richtig finde, dass wir an dieser Stelle ein gemeinsames Zeichen setzen.

Wir müssen die Kulturförderabgabe sicher entbürokratisieren. Das ist gar keine Frage. Eine Initiative zur Entbürokratisierung möchte ich für die nächste Zeit auch ankündigen. Aber die Kulturförderabgabe insgesamt ist unverzichtbar geworden, um auch einmal neue Impulse bei Kultur, Wirtschaftsförderung und Standortmarketing zu setzen. Und genau das haben wir getan.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Wir müssen die Basis unsere Wohlstandes und der Wirtschaft erhalten und Neues ausbauen. Wir müssen auf einen guten Mix industrieller Branchen mit moderner Dienstleistung achten.

In diesem Kontext ist natürlich klar: Nicht jeder Ansiedlungserfolg geht auf die Stadt zurück - ebenso wenig, wie die Verwaltung jede Abwanderung verhindern kann.

Insgesamt ist es aber gelungen, erfreuliche Erfolge zu erzielen - Zurich und Eurowings, um nur diese beiden Beispiele zu nennen, an denen auch die Verwaltung ihren Anteil hat. Ich finde, dass wir alle miteinander, auch der Stadtvorstand, insgesamt den Wert dieses Bereichs anerkennen und stärker wertschätzen sollten.

Dezernat IV, Bildung, Jugend und Sport: Gemessen an der Größe des Etats haben wir hier den geringsten Umschichtungsbedarf erlebt. Dass Bildung als Investition in unsere Zukunft einen ganz entscheidenden Anteil hat, ist mittlerweile Allgemeingut. Es ist nicht zuletzt Ihr Verdienst, Frau Dr. Klein, dass sich das auch im Haushalt widerspiegelt; denn die Stadt Köln hat noch nie zuvor so viel für Bildung ausgegeben wie zurzeit und in diesem Haushalt. Das ist ausdrücklich gut so. Das begrüßen wir aufs Schärfste, wie Herr Kollege Frank sagen würde.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen der Linken)

Wir dürfen kein Kind zurücklassen; denn Kosten für Reparaturen sind erheblich höher als Investitionen in unsere Kleinsten. Hier sind große Anstrengungen erforderlich.

Liebe Frau Dr. Klein, deswegen bitte ich Sie, auch weiterhin intensiv daran zu arbeiten, dass

wir mithilfe moderner Konzepte zum Beispiel weniger für wirtschaftliche Jugendhilfe ausgeben müssen - es sind momentan etwa 160 Millionen Euro pro Jahr, und das seit Jahren mit steigender Tendenz - und stattdessen noch mehr in moderne Bildung schon bei den Kleinsten investieren können.

Ich glaube, dass wir hier noch Luft nach oben haben. Wir müssen alle miteinander mit Ihnen an der Spitze, Frau Dr. Klein, eine Kraftanstrengung unternehmen. Uns haben Sie da jedenfalls an Ihrer Seite. Wenn Köln wirklich um bis zu 200 000 Bürgerinnen und Bürger wächst, bedeutet das einen riesigen Bedarf an neuen Kitas, neuen Schulen und Räumen für Freizeit und Bewegung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dafür ist nach meiner festen Überzeugung auch in der Bevölkerung ein weiterer Mentalitätswechsel notwendig. Ein Spielplatz oder Schulhof in der Nähe verursacht keinen Lärm, sondern Zukunftsmusik. Es muss auch ein Ende haben, dass eine Brombeerhecke dafür erhalten kann, einen dringend erforderlichen Schulneubau nicht zu realisieren. Wenn das weiter möglich ist, begeben wir uns auf falsche Pfade.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vergessen wir in diesem Bereich den Sport nicht. Der Sport ist sozusagen die größte Bürgerinitiative Kölns. Nirgendwo sind mehr Menschen organisiert als im ehrenamtlichen Sport und im Breitensport. Dies trägt in der Summe nicht nur zu Gesundheitsprophylaxe bei, sondern bei Kindern und Jugendlichen auch zu Persönlichkeitsbildung und nicht zuletzt zu Integration.

Daher ist es richtig - wir haben diesen Akzent auch gesetzt -, Programme wie „Kids in die Clubs“ aufrechtzuerhalten und die Jugendbeihilfe nicht nur nicht zu kürzen, sondern kräftig zu erhöhen. Dies sind Beispiele und Signale, die wir auch als Rat ganz bewusst im Bereich des Sporthaushalts setzen wollen.

Dezernat V, Soziales, Integration und Umwelt: Am Sozialhaushalt ist unser Dilemma in vielerlei Hinsicht besonders gut abzulesen. Es gibt immer mehr Kosten, die wir tragen müssen, die wir aber nicht beeinflussen können. Hilfen zum Lebensunterhalt oder Flüchtlingsunterbringung sind nur zwei von mehreren Beispielen.

Hier möchte ich insbesondere den vielen freien Trägern herzlich danken, die oftmals Aufgaben

der Stadt übernehmen - dezentral und mit hohem Engagement. Ohne sie ginge es nicht. Meines Erachtens sind wir hier auch alle miteinander in der Pflicht, diese Arbeit mehr wertzuschätzen als einmal im Jahr, wenn es um vermeintliche Kürzungen im Budget geht.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Bereich dieses Dezernats zeigte sich aber auch deutlich die Schwäche des gewählten Verfahrens: ein eingebrachter Haushalt, der ein völlig anders Bild malte, als es nach den späteren Veränderungen der Verwaltung zu sein schien - keine Schwerpunktsetzungen, sondern Kürzungen mit dem Rasenmäher, die der Rat nach intensiver Befassung mit der Sache und den Daten vergangener Jahre im Wesentlichen rückgängig macht, und das alles mit Umschichtungen aus dem eigenen Dezernat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann nicht einsehen, warum der Verwaltung nicht gelungen ist, was nun der Rat vollzieht. Wäre man früher darauf gekommen, hätte man der freien Szene, die zutiefst verunsichert war, den Trägerinnen und Trägern und auch uns hier im Rat eine Menge Ärger ersparen können.

Frau Dezernentin Reker, ich hoffe sehr, dass Sie in Zukunft als Sozialdezernentin hier andere Schwerpunkte setzen, als Sie das in diesem Haushalt gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Integration ist sicher momentan eine der zentralen Aufgaben. Hier wurde eine Menge geleistet. Das will ich ausdrücklich anerkennen. Aber auch der Rat setzt mit der Premiere eines Integrationsbudgets ein wichtiges Zeichen.

Wichtig bleibt aber auch hier, die Menschen einzubinden. Insofern sollten wir alle auch in der heutigen Sitzung zum Ausdruck bringen, dass wir stolz sind auf die vielen Initiativen, die es in Köln zur Integration von Flüchtlingen gibt, weil es sich dabei um ein ganz tolles Zeichen und ganz tolle Gesten von humanitärer Tatkraft handelt, die die Integration in unsere Gesellschaft ermöglichen. Das ist ein tolles Signal. Ich danke allen Beteiligten, die sich hier verdient machen, ausdrücklich und sehr.

Es ist aber auch wichtig, den Menschen die Wahrheit zu sagen und ihnen nichts vorzugaukeln. Nur wenn wir dies beherzigen und keine falschen Ankündigungen machen, können wir auf Dauer die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Integration von Flüchtlingen erhalten.

Dezernat VI, Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr: Es ist gar keine Frage, dass die Stadtentwicklung eines der Zukunftsfelder ist. In einer wachsenden Stadt ist preiswerter Wohnraum in einem erschlossenen Umfeld mit allem, was das Leben lebenswert macht, sicher die Herausforderung schlechthin. Wir müssen alle Instrumente entwickeln, nutzen und anwenden, die dazu einen Beitrag leisten, ob es das Kooperative Baulandmodell Köln ist, unser Wohnungsbauprogramm oder auch eine Milieuschutzsatzung, die der Rat schon mehrfach in die Debatte gebracht hat und einfordert. Im Haushaltsentwurf sind jetzt auch Anschubmittel vorhanden, um dies auf den Weg zu bringen.

Herr Höing ist, glaube ich, heute erkrankt. Ich will ihn trotzdem ansprechen, weil ich sicher bin, dass er vom Krankenlager aus den Livestream verfolgt und an unseren Lippen hängt.

(Lachen bei der CDU und der Linken)

- Nicht meinen, sondern Ihnen, wenn Sie nachher reden. - Lieber Herr Höing, insofern will ich Sie auch direkt ansprechen. Bitte machen Sie nicht den Fehler so manches Ihrer Vorgänger, sich nur mit dem Schönen Ihres Dezernats zu beschäftigen.

Ja, auch wir setzen politisch gerne mal einen Akzent, wie zum Beispiel jetzt mit dem Auftrag für die Machbarkeitsstudie einer Fußgänger- und Fahrradbrücke von der Bastei in den Rheinpark aus dem Masterplan von Albert Speer. Und ja, Stadtplanung hat erheblich mehr Sex-appeal als die Sanierung unserer Infrastruktur oder eine moderne Verkehrsplanung nach dem Konzept „Köln mobil 2025“.

Beides ist aber für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt mindestens ebenso notwendig, und beides muss deswegen dieselbe Akzeptanz gewinnen, sowohl im Rat als auch in der Stadtverwaltung als auch in der Bevölkerung.

Jahr für Jahr haben wir im Rat als Mehrheit zum Beispiel Reduzierungen bei den Mitteln für Straßen- und Radwegesanierungen politisch wieder zurückgeholt, also Geld zugesetzt. Das muss ein Ende haben; denn es ist wichtig, dass das In-Ordnung-Halten von Brücken, Straßen und Plätzen von der Verwaltung selbst ausreichend bedacht wird. In diesem Jahr mussten wir das noch erledigen - einmal mehr. Es ist aber meine dringende und ebenso herzliche Bitte, dass dies in Zukunft anders wird.

An dieser Stelle will ich auch das öffentliche Bauen nicht unerwähnt lassen. Wir müssen es endlich schaffen, dass wir Bauten im vorgesehenen Zeit- und Kostenrahmen vollenden. An dieser Aufgabe sind schon viele gescheitert. Wir dürfen diesen Anspruch aber nicht aufgeben. Lieber Herr Höing, bitte setzen Sie sich im Rahmen Ihrer Zuständigkeiten mit Nachdruck auch für diese Aufgabe ein.

Eines will ich zum Abschluss sagen: Dass der notwendige Blick über den Tellerrand gemacht wird, ist ausdrücklich schon jetzt Ihr Verdienst. Es ist gut, dass wir uns nicht an Kassel orientieren, sondern an großen Metropolen - zum Beispiel Kopenhagen oder Zürich im Verkehr und Hamburg, Wien oder London in der Stadtplanung. Das ist richtig und gut, und das unterstützen wir ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD)

Kunst und Kultur ist, wie wir alle wissen, eines der wichtigsten sogenannten weichen Felder. Es steht für Bildung und für Lebensqualität und ist insgesamt wichtiger Standortfaktor. Ich darf wie auch schon im Finanzausschuss Herrn Oberbürgermeister, Frau Stadtkämmerin, aber auch Frau Kulturdezernentin Laugwitz-Aulbach ganz herzlich dazu gratulieren, dass sie zum ersten Mal seit vielen Jahren im Bereich der Kultur einen wirklich guten Etat vorlegen konnten, an dem wir so gut wie nichts mehr verändern mussten, sondern nur noch einige zusätzliche Akzente setzen konnten. Darüber freuen wir uns.

Ich verbinde damit aber eine Bitte. Trommeln Sie dafür, und tragen und sagen Sie das auch weiter. Köln ist die einzige Stadt Deutschlands, die sich ohne weitere Unterstützung staatlicher Stellen diese Zahl an Museen, Oper, Schauspiel und Philharmonie leistet - und das alles mit Steuergeldern, die aus Köln kommen.

Deswegen finden wir es richtig, den Kölnerinnen und Kölnern mit dem KölnTag auch ein Mal im Monat zu dokumentieren: Diese Institutionen gehören euch. Nutzt sie. Erkennt sie als eigene an. - Es ist gut, dass der KölnTag nicht gestrichen wurde.

Ich möchte noch ein Weiteres sagen. Der Kölner Kulturindex und der *Kölner Stadt-Anzeiger* haben das am vergangenen Wochenende ja noch einmal dokumentiert. „3,9 Prozent Kulturetat“ gehört zu den Großstadtlegenden, die so alt wie falsch sind. Wir dürfen unser Licht nicht unter den Scheffel stellen. Kulturelle Bildung, Subventionen von Mieten für Ateliers, die einzigartige Philhar-

monie, die Rheinische Musikschule und - man höre und staune - sogar die Kosten für die Sanierung von Oper und Schauspiel sind nur Beispiele für Dinge, die in die plakativen 3,9 Prozent nicht einfließen. Das ist eine Propagandazahl, die genutzt wird, um sie gegen die Stadt Köln, gegen die Verwaltung und gegen den Rat ins Feld zu führen. Sie stimmt aber nicht. Das müssen wir uns alle miteinander immer wieder klarmachen. Dieser Etat hat eine deutlich andere Größenordnung, als es mitunter der Fall zu sein scheint.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aber auch hier möchte ich uns und vor allem der Verwaltung mehr Mut wünschen. Unsere Museen brauchen als kommunaler Kranz, der in Deutschland einzigartig ist, unbedingt eine bessere Vermarktungsstrategie und möglicherweise auch einen verbesserten Rahmen. Dies muss bitte dringend mit den Beteiligten erarbeitet werden.

Ein weiteres Ergebnis des Kölner Kulturindex vom Wochenende ist, dass die Kultursparten mit der höchsten Subventionsausstattung am wenigsten genutzt werden. Das muss uns zu denken geben. Daher ist es richtig, dass wir bei Oper und Schauspiel weniger auf Preise für Inszenierungen achten, die vielleicht wenige Menschen sehen, als darauf, dass Oper und Schauspiel Institutionen mit lokaler Relevanz sind und eben auch für das Publikum da sind.

Da leisten die aktuellen Intendantinnen und Intendanten schon Gutes. Die Integration des Schauspiels in Mülheim in dieser Interimsphase ist beispielsweise ein ganz tolles Zeichen. Weiter so! Da haben Sie unsere volle Rückendeckung.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen aus dem neuen Kulturfördergesetz Nordrhein-Westfalen auch in Köln etwas machen. Der Kulturrat NRW begrüßt dieses Gesetz und will auch die Umsetzung begleiten. Das ist eine gute Möglichkeit, unsere enorm vielfältige freie Szene weiter zu stärken; denn auch sie macht Kölns Kultur so einzigartig. Mehr Mittel für die freien Theater, für die freie Szene anderer Sparten, für die Kultur- und Kreativwirtschaft und - neu - auch für die Klubkultur bringen das in diesem Haushalt, teilweise durch uns jetzt hineingebracht, zum Ausdruck. Darauf sind wir stolz. Auch dies möchten wir ausdrücklich als Signal an die freie Szene verstanden wissen.

(Beifall bei der SPD)

Letzte Bemerkung zu diesem Bereich: Die dringend notwendige Fortschreibung des Kulturentwicklungsplans für Köln muss auch zu den Sparten und ihrer Ausstattung Antworten geben - aber eben nicht nach dem Motto, immer nur mehr für alle zur Verfügung zu stellen. Vielmehr muss man dabei bitte nach Prioritäten vorgehen. Nur dann kann ein Kulturentwicklungsplan wirklich einen Wert entfalten, wenn er sich auch ernsthaft die Mühe macht und den Mut entwickelt, Prioritäten zu setzen.

Lieber Herr Oberbürgermeister, dies ist der letzte Haushalt, den Sie in Ihrer Funktion hier einbringen. Raum für Dank für Ihre Arbeit wird es an anderer Stelle geben. Dafür ist heute nicht die richtige Stelle. Aber auch in diesem Haushaltsjahr, im Haushalt selbst und in vielen Beschlüssen, die wir um den Haushalt herum treffen, sieht man noch einmal wichtige Schwerpunkte, die Sie selbst gesetzt haben.

Die Sanierung der Schaugewächshäuser als Abrundung der gelungenen Flora-Sanierung, die Sanierung wichtiger Bereiche von Chorweiler, die Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums und die Neuordnung der Historischen Mitte Kölns - alles das sind Punkte, die Sie angestoßen haben und die bleiben werden.

Es ist sicher nicht alles perfekt, weder in der Verwaltung noch in Köln. Allerdings ist es sehr bedauerlich, dass so mancher anscheinend glaubt, im Oberbürgermeisterwahlkampf Aktuelles rundum grundsätzlich schlecht finden zu müssen.

Ich bin mir aber sicher, dass die Zeit Ihre Leistung für unsere Stadt, deren Führung Sie in einer zutiefst verunsicherten Phase übernommen und geordnet haben, würdigen wird. Ich bin ganz sicher: Dieser Zeitpunkt ist nicht mehr fern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zum Schluss allen Beteiligten hier im Rat herzlich danken. Wie ich eingangs sagte, waren diese Haushaltsberatungen merkwürdig wie lange nicht mehr, schon in der Phase der Einbringung, und erfreulich in der Phase der Verhandlungen und der Verabschiedung. Das lag auch an der konstruktiven Beratung untereinander. Die Gespräche mit den Grünen, den Piraten, der CDU, den Linken und Deinen Freunden waren in höchstem Maße konstruktiv und von dem Willen geprägt, gemeinsam etwas zu erreichen. Dafür danke ich Ihnen allen ausdrücklich.

Ich möchte an uns alle miteinander appellieren: Wenn wir uns das bewahren können, tut das

Köln gut. Das ist nicht nur unsere Aufgabe, sondern auch unsere Verpflichtung. - Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Beifall bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Wir kommen zu Herrn Petelkau von der Fraktion der CDU. Bitte schön.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 19. Mai 2015, dem Tag der Stimmennachzählung in Rodenkirchen, hat die CDU klar zum Ausdruck gebracht, dass sie Verantwortung in dieser Stadt übernehmen will.

Mit der heutigen Zustimmung zum Haushalt unterstreichen wir diese Aussage. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger, die Vereine und Verbände, die freien Träger und die Unternehmen verlässliche Rahmenbedingungen für ihr Lebensumfeld und ihre Projekte haben.

Danken möchte ich bereits an dieser Stelle den Verhandlungsführern von SPD und Bündnis 90/Die Grünen für die konstruktiven und zielorientierten Gespräche zur Vorbereitung des politischen Veränderungsnachweises.

Nach fünf Jahren der Haushaltsabstinenz ist es meiner Fraktion gelungen, in diesen Gesprächen wichtige Akzente durchzusetzen und damit Fehlentwicklungen in einem Volumen von knapp 10 Millionen Euro, die im Verwaltungsvorschlag enthalten waren, zu korrigieren - und das, ohne die Verschuldung zu erhöhen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich nenne hier ganz besonders die 1,5 Millionen Euro zusätzlich für den bedarfsgerechten Kitausbau und damit für ein familienfreundliches Köln, 4,9 Millionen Euro zusätzlich für die Infrastruktur mit den Schwerpunkten Straßenbau, -unterhaltung und attraktivere Plätze für Köln sowie 3,2 Millionen Euro zusätzlich für ein soziales Köln und zur Erhaltung der Seniorennetzwerke genauso wie vieler wichtiger kleiner Projekte wie Canyon Chorweiler. Hier konnten wir gemeinsam die Mittel erstreiten. Das ist in dieser Situation der Stadt wichtig, glaube ich.

Meine Damen und Herren, trotz dieser wichtigen politischen Korrekturen bleibt der Haushalt grundsätzlich hinter den erforderlichen Anpassungen zurück. Die strukturellen Defizite müssen nach der Oberbürgermeisterwahl mit deutlich mehr Einsatz angegangen werden als bisher.

(Beifall bei der CDU)

Fünf Jahre gab es jetzt blumige Versprechungen unseres Oberbürgermeisters für einen Kurs der konsequenten Haushaltskonsolidierung, denen leider nie Taten gefolgt sind.

Bereits bei der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs für die Jahre 2010 und 2011 haben Sie, Herr Roters, als frisch gebackener Oberbürgermeister von einer haushaltswirtschaftlichen Schlechtwetterfront über Köln gesprochen und einen strukturverträglichen Aufgabenabbau angekündigt. Passiert ist leider nichts.

Auch im Jahr darauf wurde vollmundig ein Sanierungsverfahren angekündigt. Ich zitiere:

Durchführung eines strukturierten Prozesses auf der Grundlage festgelegter strategischer Ziele und unter Berücksichtigung wirkungsorientierter Indikatoren

Das haben Sie damals angekündigt. Aber auch da ist leider wieder nichts passiert.

Im September 2012 hatten wir die gleiche Situation. Vor dem Haushaltsplanentwurf 2013/2014 hieß es - ich zitiere Sie -:

Die Grenze von 4,5 Prozent bei der Entnahme aus den allgemeinen Rücklagen soll nicht überschritten werden, und es soll ein Sanierungskorridor geschaffen werden.

Im Haushaltsplanentwurf war dann eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage von über 5,51 Prozent für 2013 und über 5,03 Prozent für 2014 vorgesehen.

Das ist die Realität. Insofern stelle ich fest: Durch Ihre Zeit zieht sich ein Defizit von mindestens 250 Millionen Euro jedes Jahr in den Planungen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das können wir für die Zukunft in dieser Form nicht weiter akzeptieren. Wir brauchen für ein nachhaltiges Leben in dieser Stadt und für eine nachhaltige Entwicklung unserer Metropole einen ausgeglichenen

Haushalt. Das muss weiterhin unsere Zukunftsperspektive sein.

Es gibt viele Baustellen, die wir hierfür bewältigen müssen.

Die erste Baustelle ist etwas, was wir nicht in Köln zu verantworten haben, nämlich die Frage der Konnexität und die Frage, dass wir als Kommunen in Nordrhein-Westfalen anders als in anderen Ländern leider keinen eigenen Verfassungsrang haben, sondern nur ein Annex des Landes sind und damit auch nicht die Möglichkeit haben, uns komplett durchzufinanzieren. Das muss beendet werden.

Wir haben an dieser Stelle auch schon eine ganze Reihe von Resolutionen verabschiedet, damit sich hier etwas in Berlin tut - und vor allen Dingen auch in Düsseldorf, meine Damen und Herren; denn es kann nicht sein, dass Berlin dauernd Fördermaßnahmen beschließt und ein Großteil des Geldes dann auf der Düsseldorfer Ebene versendet.

(Beifall bei der CDU)

Es ist aber genauso wichtig, dass wir die Dinge in Köln angehen. Wenn ich mir die einzelnen Dezernate anschau, muss ich sagen, dass es hier noch eine ganze Menge an Arbeitsbedarf gibt. Das muss in den nächsten Jahren sehr strukturiert angegangen werden.

Beginnen wir mit dem Dezernat von Herrn Kahlen. Meine Fraktion und ich begrüßen es sehr, dass wir jetzt endlich in den Ausbau des Ordnungsdienstes eingestiegen sind. Das hat die CDU lange gefordert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Hier werden erstmals Akzente gesetzt, um die Verhältnisse nicht nur in der Innenstadt, sondern in allen Teilen dieser Stadt endlich zu verbessern. Es ist nicht einzusehen, dass wir hier Bußgeldkataloge für illegale Müllentsorgung aufstellen und diese Kataloge nicht umgesetzt werden, also die Strafen nicht eingefordert werden. So geht das nicht weiter.

(Beifall bei der CDU)

Somit handelt es sich hier um eine Aufgabe, die sich am Ende durch die eingenommenen Bußgelder - das sind wir im Verkehrsbereich ja auch gewöhnt - selber refinanzieren wird.

Was im Bereich von Herrn Kahlen bzw. in der Stadtverwaltung bisher leider überhaupt nicht

funktioniert hat - ich sage ganz klar: hier ist das Problem an der Spitze in der Person des Stadtdirektors und in der Person des Oberbürgermeisters -, ist die Führungskultur, die auch dazu beiträgt, dass der Krankenstand in unserer Stadtverwaltung bald in Richtung von 8 Prozent geht. Das ist nicht akzeptabel, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wenn in einem Unternehmen in der freien Wirtschaft ein mittlerer Manager in seinem Bereich mit einem solchen Krankenstand konfrontiert wäre, würde er sofort zu seinem Vorstand zitiert werden. In der Stadtverwaltung hat sich da aber, obwohl wir als Rat mit dem Gesundheitsmanagement und Ähnlichem immer wieder Akzente gesetzt haben, nichts gebessert.

Meine Damen und Herren, hier muss sich etwas ändern. Ich halte es für wichtig, dass wir die Motivation der Menschen erhöhen, indem wir ihnen vor allen Dingen mehr Entscheidungskompetenzen geben. Wer vor Ort mehr entscheiden kann, hat auch mehr Motivation, zur Arbeit zu gehen. Das wirkt sich auf die gesamte Stimmung in einer Stadtverwaltung positiv aus.

(Beifall bei der CDU)

Ich gehe weiter zum Dezernat unserer Kämmerin. An dieser Stelle möchte ich ganz klar betonen, dass wir bei der Kulturförderabgabe diesmal wirklich die Faust in der Tasche gemacht haben, und zwar aus zwei Gründen.

Erstens. Wir haben hier ein einzigartiges bürokratisches Verfahren, das dazu führt, dass unsere Hoteliers, aber auch die vielen Kunden, die zur Messe kommen oder in dieser Stadt ihre Geschäfte machen wollen, unter der Bürokratie erstickten. Wir erwarten - Ihre Zusage haben Sie mir im Finanzausschuss schon gegeben, Frau Kämmerin -, dass sich die bürokratische Abwicklung dieser Steuer deutlich zum Positiven ändert.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Selbstverständlich brauchen wir - das möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal betonen, weil andere Bundesländer da zwischenzeitlich schon weiter sind - hier zusätzliche Einnahmen, um den vielfältigen Kulturbetrieb zu erhalten, den wir alle wollen. Da sind sich alle Fraktionen und Parteien in diesem Rat einig, glaube ich. Wir wollen diesen Kulturstandort und brauchen neue Finanzierungsmittel. Die Frage ist aber: Warum müssen ausgerechnet nur die

armen Hoteliers, die in Köln sind, und ihre Kunden unter dieser Abgabe leiden?

(Peter Kron [SPD]: Die Gäste! - Jörg Detjen [Die Linke.]: Ach, Gottchen! - Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Warum sind all die Hotels, die im Speckgürtel sitzen, freigestellt und können von der Kölner Kulturszene profitieren, die unsere Kölner Wirtschaftsbetriebe auch noch mitfinanzieren?

Deshalb glaube ich, dass wir hier zu größeren Lösungen kommen müssen. Wir werden versuchen, über den Landtag auch eine entsprechende zusätzliche Initiative zu entwickeln.

Ich komme zum nächsten Dezernat, dem Dezernat von Frau Berg. Meines Erachtens müssen gerade im Bereich der Wirtschaftsförderung dringend neue Akzente gesetzt werden.

Auch der bisherige Ansatz des Marketingetats und die Kürzungsvorschläge, die aus diesem Bereich gekommen sind, sind wirklich erschreckend. Es kann nicht sein, dass eines der wichtigsten Dezernate für die Weiterentwicklung unserer Stadt selber vorschlägt, im Bereich der Vermarktung unserer Stadt auch noch Kürzungen vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, wir wollen und brauchen neue Unternehmen in dieser Stadt. Insofern müssen wir auch dafür sorgen, dass die entsprechenden Mittel da sind. Ich bin froh, dass wir im Veränderungsnachweis zumindest einen Teil haben korrigieren können.

Genauso wichtig ist - hier erwarte ich in den nächsten Jahren ebenfalls deutliche Verbesserungen - die Betreuung der in Köln ansässigen Unternehmen. Hier ist ganz entscheidend, dass die kleinen Handwerksbetriebe, nachdem sie frisch gegründet sind, auch die Möglichkeit haben, in Köln zu wachsen. Wir müssen ihnen hier Entwicklungsmöglichkeiten geben und dürfen nicht die ganze Stadt durch den Liegenschaftsbereich nur noch mit Logistikflächen zuknallen, meine Damen und Herren. Das kann es nicht sein.

(Beifall bei der CDU)

Das ist auch eine allgemeine Situation in Köln, die nicht gut ist. Alle anderen großen Metropolen gehen hier andere Wege. Dort werden die Logistikflächen aus den Metropolen ins Umland verlagert. Wir sind hingegen eine Stadt, die einen entsprechenden Schwerpunkt setzt. Egal ob in Marsdorf oder im Kölner Norden: Alles wird mit

Logistikflächen zugeknallt, anstatt den kleinen Handwerkerhöfen in Köln eine Entwicklungsmöglichkeit zu geben.

Meine Damen und Herren, das ist nicht akzeptabel. Hier müssen in Zukunft andere Schwerpunkte gesetzt werden.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Kommen wir zum Bereich von Frau Dr. Klein. Hier war es uns ganz besonders wichtig, dass wir den Entwicklungspfad beim Wachstum der Kinderbetreuung, das dringend notwendig ist, nicht verlassen. Es ist ganz entscheidend, dass nicht nur gesetzliche Quoten abgedeckt werden, sondern den Eltern in den vielen unterversorgten Stadtteilen entsprechende Möglichkeiten zur Verfügung gestellt werden. In vielen Stadtteilen ist der Bedarf nach wie vor deutlich höher als das Angebot. Deshalb war es wichtig, dass hier eine Zusetzung erfolgt ist und dass wir den Wachstumspfad bei den Kinderbetreuungsplätzen nicht verlassen, sondern ihn auch zukünftig als klaren Schwerpunkt ansehen.

Die finanziellen Mittel stehen zur Verfügung. Ich erwarte, dass diese Plätze auch umgesetzt werden, und zwar in einer vernünftigen Qualität. Das ist eine der zentralen Herausforderungen für die nächsten Jahre. Da erwarten wir zusätzliche Anstrengungen.

Nun komme ich zum Bereich von Frau Reker. Ich halte es für ein ganz wichtiges Zeichen, dass wir hier zum ersten Mal einen Einstieg in das interkulturelle Maßnahmenpaket hinbekommen haben. Damit haben wir dem Integrationsrat das klare Signal gegeben: Wir wollen als Politik mit diesem Baustein dafür sorgen, dass sich die Teilhabe der Migrantinnen und Migranten in Köln weiter positiv entwickelt und dass sich das in den nächsten Jahren fortsetzt.

An dieser Stelle möchte ich der Dezernentin auch ein klares Lob aussprechen. Sie hat hier in den vergangenen zwölf Monaten bei der Integration der Tausenden von Flüchtlingen einen wichtigen Baustein gesetzt. Sie hat gemeinsam mit der Politik dafür gesorgt, dass wir so viele Flüchtlinge in Köln unterbringen können. Es ist an manchen Stellen sicherlich auch ein sehr schwieriges Unterfangen gewesen, immer wieder dafür zu werben, dass Köln eine integrationsbereite Stadt ist. Ich glaube aber, dass wir neben unserem Kardinal auch viele weitere Mitstreiter an unserer Seite haben. Auf diesem Weg sollten wir weiter fortschreiten, damit sich hier ei-

ne gute Situation positiv entwickelt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Genauso wichtig ist es, dass wir die freien Träger - dafür kämpft die CDU seit Jahrzehnten - in ihrer Arbeit nicht beschneiden, sondern auch durch den Rat ein klares Zeichen setzen. Der soziale Teil unserer Stadt funktioniert nur dann, wenn wir die freien Träger an unserer Seite haben und gemeinsam dafür kämpfen, dass sich diese Stadt weiterentwickelt.

Hier haben wir Korrekturen vorgenommen, die auch Themen wie die Seniorennetzwerke inkludieren. Ich glaube, dass wir solche Dinge brauchen, um diese Stadt vernünftig weiterzuentwickeln, meine Damen und Herren.

Kommen wir jetzt zum Bereich von Herrn Höing. Es ist wichtig, dass wir ihm auch den notwendigen Raum geben. Er muss die Zuständigkeit für die Aufgaben haben, die erforderlich sind, um diese Stadt auf den Wachstumspfad zu bringen, der offensichtlich von der Bevölkerung gewünscht wird. An dieser Stelle erinnere ich an den weiteren Zuzug, unter anderem aus dem Ruhrgebiet. Insofern müssen wir hier die entsprechenden Kapazitäten schaffen.

Meine Damen und Herren, die Politik hat jetzt ihre Hausaufgaben gemacht. Wir haben die Finanzmittel zugesetzt, damit auch entsprechend Stellen eingebaut werden.

Ich glaube aber, dass es wichtig ist, nicht an diesem Punkt zu verharren, sondern weitere Akzente zu setzen. Diese Akzente müssen aus der Verwaltung kommen. Wir müssen nämlich den Einstieg in eine Optimierung der Prozesse finden.

Meine Damen und Herren, es ist nicht einzusehen, dass Baugenehmigungsprozesse in einer Zeit, in der wir dringend neue Wohnungen und neue Gewerbegebiete brauchen, so lange dauern. Offensichtlich ist die Verwaltung unter Herrn Kahlen nicht in der Lage, die Impulse zu geben, die notwendig sind, damit die Dinge strukturell so aufgebaut werden, dass wir hier in diesen Wachstumspfad hineinkommen.

(Martin Börschel [SPD]: Muss Herr Kahlen jetzt noch die Baugenehmigungen erteilen? Das wird ja immer doller!)

- Herr Kollege Börschel, das Organisationsamt ist in der Verantwortung von Herrn Kahlen und nicht in der Verantwortung von Herrn Höing.

Es ist wichtig, dass wir hier Akzente im Bereich des Change Managements und einer prozessualen Betrachtung setzen. Am Ende jedes Verwaltungshandelns muss der Kunde stehen. Der Kunde ist in einem Fall ein Bürger, in einem anderen Fall ein freier Träger und in einem dritten Fall ein Unternehmen. Wir sehen Verwaltung nicht als Selbstzweck. Vielmehr hat Verwaltung ein klares Ziel. Das ist das Entscheidende. Das muss umgesetzt werden. Am Ende zählt, dass die Zufriedenheit des Bürgers da ist und er einen schnellen Prozess und eine gute Verwaltungsleistung hat. Das ist wichtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Zusammenhang muss ich auch etwas ansprechen, was ich nicht verstanden habe, Herr Oberbürgermeister. Wir haben hier von der politischen Seite her immer erklärt - das haben auch Sie artikuliert -, dass wir den Wachstumspfad haben wollen. Ich kann nicht verstehen, warum dann im Veränderungsnachweis der Verwaltung wichtige Positionen bei Herrn Höing herausgestrichen werden und ihm nicht die finanziellen Spielräume gegeben werden, die notwendig sind, um diese Entwicklungen überhaupt umzusetzen. Die Politik hat das korrigiert. Eigentlich hätte das aber von der Verwaltung geleistet werden müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Kommen wir nun zum letzten Bereich, der Kultur. Wie mein Vorredner schon gesagt hat, gab es im Bereich der Kultur diesmal von der politischen Seite relativ wenig zuzusetzen, weil seitens der Verwaltung hier wirklich einmal anerkannt worden ist, dass die Kultur ein ganz zentraler Baustein für die Lebensqualität in Köln, aber auch für den Wirtschaftsstandort Köln ist. Das ist ein zentraler weicher Faktor, den es zu bewahren gilt.

Wir müssen schauen, wie wir die Finanzierung von vielen Themen in den nächsten Jahren auf eine breitere Basis stellen. Es kann nicht sein, dass die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin über weitere Fördermittel verfügen und wir als große Metropole alleingelassen werden. Hier erwarten wir mehr Zustimmung aus Berlin, aber auch mehr Zustimmung aus dem Land. Das Land ist an dieser Stelle relativ kleinmütig. Dort ist nichts passiert.

Meines Erachtens müssen wir als Kölner einfach mehr Gemeinsamkeit auf Landes- und auf Bundesebene zeigen. Das Ruhrgebiet macht uns das auf Landesebene vor, und die Bayern sind

die - in Anführungszeichen - „Könige“, wenn es darum geht, Fördermittel aus dem Bundesetat in ihr Land zu holen. Das müssen wir bei uns ändern. Ich halte es für ganz entscheidend, dass hier etwas passiert.

Genauso wie im Sozialbereich und im Sportbereich ist uns im Kulturbereich wichtig, dass die freie Szene gestärkt wird. Das ist hier durch einige Zusetzungen, die wir mit eingebracht haben, entsprechend unterstützt worden, meine Damen und Herren.

Bevor ich langsam zum Schluss komme, möchte ich noch einmal die grundsätzliche Frage stellen: Wie können wir die Entwicklungen im Finanzhaushalt in den nächsten Jahren so beeinflussen, dass wir hier wieder auf einen guten Pfad kommen?

Selbstverständlich müssen wir gemeinsam schauen, dass wir auf Bundes- und Landesebene die Zuschüsse für Städte nach dem Konnexitätsprinzip weiter erhöhen und damit zu einer fairen Lastenteilung kommen.

Sich nur darauf auszuruhen, wäre aber zu kurz gesprungen. Das würde nicht ausreichen. Wir müssen auch selber zwei Dinge tun.

Erstens müssen wir kritisch hinterfragen, welche Aufgaben wir in dieser Stadt leisten müssen, und wirklich jede Aufgabe auf den Prüfstand stellen. Das hat Harry Blum gemacht. Von unserer künftigen Oberbürgermeisterin, Henriette Reker, erwarten wir ebenfalls, dass die Verwaltung diese Aufgabe leistet und uns konkrete Vorschläge macht, welche Aufgaben wir übernehmen wollen und auch zukünftig können.

Zweitens müssen wir - das ist genauso wichtig - die Verwaltungsprozesse so straffen, dass wir den Kunden, egal ob es der Bürger oder das Unternehmen ist, in den Mittelpunkt stellen. Ich glaube, dass wir hier eine ganze Menge an Effizienzpotenzial nutzen können.

Wenn wir die Verwaltungsprozesse so umgestalten, dass der einzelne Mitarbeiter, der direkt im Kundenkontakt ist, mehr Eigenverantwortung hat, haben wir meines Erachtens auch die Möglichkeit, die Motivation zu steigern und damit den Krankenstand, der diese unsägliche Höhe erreicht hat, nachhaltig zu senken.

Wenn uns das gelingt, haben wir in Verbindung mit einem deutlich verbesserten Wirtschaftsförderungskonzept nach meiner Einschätzung eine realistische Chance, diese Stadt wieder auf einen guten Pfad zu bringen, und zwar, wie ich na-

türlich hoffe, zusammen mit unserer künftigen Oberbürgermeisterin Henriette Reker. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Jahn, bitte.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was wir heute erleben, ist in Wahlkampfzeiten angesichts der anstehenden OB-Wahl keine Selbstverständlichkeit. Es ist keine Selbstverständlichkeit angesichts der schwierigen Mehrheitsverhältnisse hier im Rat seit der Wahl im letzten Jahr und angesichts der Tatsache, dass uns noch vor wenigen Wochen die endgültige Klärung des Wahlergebnisses beschäftigt hat.

Was uns heute gelingt - nämlich, den Haushalt einem breiten Bündnis zu verabschieden -, ist ein positives Zeichen dafür, dass es hier im Rat eine große Bereitschaft zur sachlichen und konstruktiven Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte über die klassischen Lager hinaus gibt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Noch vor einem Jahr sprachen wir uns hier im Rat für die Notwendigkeit eines breiten Bündnisses der demokratischen Parteien aus, weil Extremisten nicht am Ende das Zünglein an der Waage sein dürfen. Wenn wir heute den Haushalt mit den Stimmen von SPD, CDU, uns Grünen, den Piraten und hoffentlich auch Deinen Freunden beschließen, zeigen wir, dass unsere Reden von vor einem Jahr keine Lippenbekenntnisse waren.

Ich bin davon überzeugt, dass auch die FDP, die sich heute leider dagegen entscheidet, dies mitzumachen, den Haushalt nicht grundsätzlich ablehnt.

Ich bin auch davon überzeugt, dass nicht wenige der Linken sich heute beim Haushalt auch gerne konstruktiv beteiligt hätten und vielleicht sogar zugestimmt hätten.

Es ist schon bemerkenswert, dass sachliche Abwägungen und die Übernahme von Verantwortung in Anbetracht der schwierigen Finanzlage

der Stadt über politisches Kalkül und Taktik triumphieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mein ausdrücklicher Dank gilt an dieser Stelle auch der CDU, die konstruktiv zur Versachlichung der Haushaltsdebatte und zu den nötigen Beschlüssen beigetragen hat. Schließlich ist das in wie auch immer geartetem Oppositionsverhalten nicht üblich. Insofern möchte ich gerne einmal würdigen, dass Sie zusammen mit uns von Rot-Grün beim Haushalt kooperieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mit der Verabschiedung eines Haushalts sind auch Konsequenzen verbunden. Der Haushalt muss nämlich umgesetzt werden. Dabei ist nicht jeder Beschluss zur Konsolidierung Grund zur Freude. Vielmehr muss das Ganze auch gegenüber der Bürgerschaft erklärt werden. Wir alle tragen dazu bei, dass der Haushalt heute auf gute Füße gestellt wird.

Mit erheblicher Verspätung wird nun am heutigen Tag der Haushalt 2015 beschlossen. Auch das ist ungewöhnlich. Auch das darf nicht die Regel werden. Erst gegen Ende Mai dieses Jahres hat die Verwaltung alle notwendigen Dokumente vorgelegt, um den Haushalt für den Rat überhaupt beratungsfähig zu machen. Im Dezember 2014 hat die Verwaltung den ersten Haushaltsentwurf in den Rat eingebracht. Von Mitte April bis Ende Mai 2015 wurden dann fünf Veränderungsnachweise nachgereicht.

Die Verwaltung hat letztlich einen Haushalt eingebracht, in dem 50 Prozent der Konsolidierungsziele durch Pauschalkürzungen erreicht werden sollen. Das zeugt nicht von Schwerpunktsetzung durch den Stadtvorstand. Da meine ich vor allem auch den Hauptverwaltungsbeamten. Für einen ehrenamtlich arbeitenden Stadtrat war das nahezu eine Zumutung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
sowie bei Teilen der CDU)

„50 Prozent der Konsolidierungsziele durch Pauschalkürzungen“ bedeutet auch, dass darunter Kürzungen vollzogen werden sollten, die aufgrund rechtlicher Verpflichtungen gar nicht möglich waren. Andere Pauschalkürzungen hätten die Zerschlagung wichtiger kommunaler Strukturen zur Folge gehabt. Dabei geben zahlreiche Ratsinitiativen und -beschlüsse klar vor, welche Themen sich in diesem Haushalt wiederfinden sollen.

Schließlich war es dann die Aufgabe der haushaltstragenden Fraktionen - also von uns hier, wenigstens den meisten -, die Mängel und Fehlentscheidungen im Haushaltsentwurf in intensiver Eigenregie zu korrigieren und so den Haushaltsplan politisch zu reparieren.

Dies darf in Zukunft nicht mehr vorkommen. Ich erwarte, dass in Zukunft die Verwaltungsspitze einen Priorisierungsprozess auf Basis der Ratsbeschlusslage vorantreibt, der sich dann im Entwurf 2016 niederschlägt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dies ist auch die Erwartung, die ich an die Person stelle, die das OB-Amt demnächst ausüben wird. Wenn das mächtige OB-Amt in dieser Weise ausgefüllt wird, wird es auch für uns im Rat leichter sein, politische Kooperationen zu bilden, obwohl es dabei sicherlich quer durch den Gemüsegarten gehen wird. Das ist aber noch nicht fixiert.

Eine Schwerpunktsetzung ist umso wichtiger, weil die Anforderungen an die Stadt und ihre Verwaltung steigen. Köln ist eine wachsende Stadt, was nicht nur große Herausforderungen mit sich bringt, sondern auch viele große Perspektiven aufzeigt.

Mit der heutigen Verabschiedung des Haushalts wird deutlich, dass es in schwierigen Zeiten gelingen kann, bei wesentlichen Fragen wie zum Beispiel der Sicherung der kommunalen Netze mit vielen an einem Strang zu ziehen.

Von einem Stadtvorstand unter der Leitung der neuen Oberbürgermeisterin oder des neuen Oberbürgermeisters erwarten wir dies erst recht.

Dabei darf Köln als Ganzes nicht aus dem Blick geraten. Engstirnige Zuständigkeits- und Ressortabgrenzungen führen nicht zum Erfolg. Übergreifendes und projektorientiertes Arbeiten hat in Zukunft eine Chance.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zur Wahrheit der allgemeinen Haushaltslage gehört auch, dass wir als viertgrößte Stadt der Bundesrepublik seit langem strukturell unterfinanziert sind. Es wäre unrealistisch, davon auszugehen, dass wir die Konsolidierung in den nächsten Jahren bei zunehmenden Aufgaben aus eigener Kraft schaffen können.

Bei Neuordnungen der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Kommunen und Land ist es uner-

lässlich, dass wir auch dies parteiübergreifend vorantreiben.

Die Entlastung der Kommunen bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen von jährlich 1 Milliarde Euro bundesweit und die Investitionen in den Ausbau der Kindertagesbetreuung begrüßen wir. Sie sind aber für eine strukturelle Neuorientierung und erst recht für eine dauerhafte Entlastung der Kommunen nur der erste Schritt.

Die politischen Haushaltsbeschlüsse, die heute gefasst werden, stehen wie auch in den letzten Jahren unter den Leitlinien Korrigieren, Konsolidieren, aber auch Investieren.

Eine nachhaltige Haushaltspolitik muss immer den Aspekt des Vermögenserhalts mit im Blick haben. Auch deshalb ist es uns wichtig, bereits in den nächsten Jahren die mittelfristige Finanzplanung ins Visier zu nehmen; denn wir müssen heute die Weichen stellen, um trotz knapper Ressourcen die Schritte für ein wachsendes Köln mit neu entstehenden Stadtquartieren vorzubereiten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eine wachsende Stadt braucht Platz für die Kleinsten. Sprich: Es muss auch in Zukunft ausreichend Geld für den Um- und Neubau von Spiel- und Bolzplätzen zur Verfügung stehen.

Eine wachsende Stadt muss die soziale Kluft in den Stadtgesellschaften abmildern und Bildungschancen auch für Benachteiligte eröffnen. Deshalb ist uns zum Beispiel die auskömmliche Finanzierung und Entschuldung der Tages- und Abendschule so wichtig. Sie gibt nämlich den Erwachsenen die Möglichkeit, doch noch einen Schulabschluss zu erreichen.

Eine wachsende Stadt muss sich neue Räume erschließen, indem sie zum Beispiel Industriebrachen in neue Quartiere umwandelt, Stadtteile verdichtet und am Stadtrand sinnvoll und maßvoll arrondiert - immer auch mit dem Ziel, den Flächenverbrauch so gering wie möglich zu halten und ausreichend Freiräume und Frischluftschneisen zu belassen.

Hier soll die Verwaltung mittelfristig die Haushaltsmittel priorisieren, zum Beispiel beim Mülheimer Süden, beim Deutzer Hafen oder bei der Parkstadt Süd. Alles das sind Räume, die sich im Umbruch befinden. Das müssen wir nutzen und neue gemischte Quartiere mit großer Aufenthalts-, Wohn- und Arbeitsqualität für alle sozialen Schichten entstehen lassen. Dies ist eine Chan-

ce für Köln. Das Geld für einen solchen Umbau ist sinnvoll angelegt.

Alle diese Projekte brauchen aber auch eine Kofinanzierung insbesondere durch die EU. Der Aufbau eines gebündelten Fördermanagements in der Stadt ist dafür unerlässlich und muss nun angegangen werden. Auch dafür haben wir im Rahmen des Stellenplans und der Haushaltsbeschlüsse die Weichen gestellt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ebenso müssen bei den Projekten, die der Rat schon lange - auch auf die Initiative der Grünen - beschlossen hat, die Ressourcen nun konzentriert werden. Hier nenne ich beispielhaft die Attraktivierung des linken Rheinuferes und die Entsiegelung von Mittelalleen.

Unser Begleitbeschluss zur Mittelfristplanung weist eindeutig darauf hin, dass Köln sich von einer autogerechten zu einer menschengerechten Stadt entwickeln soll.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Neben der Schaffung von Stellen für die Planung und Umsetzung des Radwegenetzes wird 1 Million Euro noch 2015 für den Neubau von Rad- und Radschnellwegen zugesetzt. Das sind Mittel für eine Ausrichtung zu einem umweltgerechten Modal Split. In den dichten Innenstädten ist neben einem gut ausgebauten ÖPNV das Fahrrad das Verkehrsmittel der Zukunft.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Erstmals haben wir im Haushalt auch ein Budget für Klimaschutz vorgesehen, das wir mittelfristig ausbauen möchten.

(Beifall bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Kommunaler Klimaschutz und die verabredeten Ziele können nicht in Sonntagsreden erreicht werden. Beim Klimabudget - da lüfte ich auch kein Geheimnis, glaube ich - ist noch Luft nach oben. Wir beschließen aber heute den Einstieg, und wir fangen damit an. Trotz aller Schwierigkeiten in diesem Haushalt ist uns dies gelungen. Ich finde es sehr gut, dass wir dieses Ziel erreicht haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die größten Korrekturen waren im sozialen Bereich notwendig. 3,1 Millionen Euro haben wir durch unseren Veränderungsnachweis zur Sicherung des sozialen Netzes in Köln zielgerecht

umgeschichtet. Die Bürgerzentren, die Bürgerhäuser, die Seniorenberatung und die zahlreichen kleinen und großen Träger innerhalb eines weit verbreiteten und sehr differenzierten Netzwerks für Sozial- und Gesundheitsleistungen können weiterarbeiten. Die Strukturen bleiben erhalten.

(Beifall bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Auch für die Leistungen für Seniorinnen und Senioren und ihre Beratungsnetzwerke haben wir jetzt Mittel umgeschichtet.

(Beifall bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

In einem Haushalt sind das alles freiwillige Ausgaben. Tatsächlich und in der gesellschaftlichen Realität sind es Pflichtleistungen. Es ist gut, dass wir mit einem breiten Bündnis heute dafür votieren. Das soziale Köln hat einen hohen Stellenwert. Diese Maßnahmen haben wir finanziert, ohne den Haushalt auszuweiten.

Hervorheben möchte ich aber auch an dieser Stelle die Schaffung eines Integrationsbudgets. Das ist ebenfalls neu im Haushalt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In einer Stadt, in der jedes vierte Kind einen Migrationshintergrund hat, in einer Stadt, die auch wegen ihrer starken Wirtschaft für viele Menschen eine neue Heimat bieten kann, muss Integration proaktiv vorgebracht werden. Integration als Chance geht nur dann, wenn man sie steuert und Angebote schafft. Hier priorisieren wir eindeutig und positionieren uns eindeutig. Wer Integration ernst nimmt, muss auch konkrete Maßnahmen realisieren und finanzieren.

Der Rat und seine Ausschüsse hatten ein Bündel von Maßnahmen aus dem interkulturellen Maßnahmenpaket beschlossen und in die Haushaltsplanberatungen verwiesen. Für den Rest des Jahres 2015 wird nun ein Budget von 400 000 Euro zur Verfügung gestellt. Mittelfristig muss es fortgeschrieben und erhöht werden.

Unser aller gemeinsames Leitmotiv ist es, die städtische Infrastruktur zu sichern, die Daseinsvorsorge auszubauen und soziale Verwerfungen zu vermeiden. Trotz aller Konsolidierungserfordernisse ist es uns gelungen, Schwerpunkte zu setzen. Unsere Schwerpunkte sind der Radverkehr, die Schaffung eines Klimaschutzbudgets und eines Integrationsbudgets sowie der Erhalt des sozialen Kölns.

Ein weiterer wichtiger Bereich - er liegt mir bekanntlich besonders am Herzen - ist der Kinder- und Jugendbereich. Wir haben nicht nur bei den neuen U-2-Elternbeiträgen im Gegensatz zum Verwaltungsvorschlag die Beiträge für die unteren und mittleren Einkommen deutlich und sozial verträglich abgedämpft, sondern sprechen uns auch gegen eine Neustaffelung der Elternbeiträge im offenen Ganztage aus. Die Errungenschaften der letzten Jahre, etwa die Geschwisterkindregelung, bleiben genauso erhalten wie die Elternbeitragsbefreiung für Eltern mit geringem Einkommen.

Kinder und Jugend waren in den letzten Jahren immer Haushaltsschwerpunkte. Das gilt auch für 2015. Ich bin deshalb heute auch sehr froh darüber, dass wir diejenigen Träger, die außerschulische Lernorte schaffen - wie die offene Kinder- und Jugendarbeit, die Kultur- und Medienpädagogik, aber auch die offenen Ganztagschulen in Stadtteilen mit erhöhtem Jugendförderbedarf -, besserstellen und ihre Arbeit langfristig sichern und novellieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Köln ist Wegbereiter des Sozialraumkonzepts Lebenswerte Veedel für die Angleichung der Lebensverhältnisse in allen Stadtteilen. In elf Sozialräumen sollen sich die Lebensrealitäten und der Alltag der Menschen signifikant verbessern - durch eine bessere Vernetzung zwischen den in den Stadtteilen aktiven Trägern und Initiativen, aber auch durch die Bestärkung der Bevölkerung und der Bürgerschaft vor Ort selbst. Diese Projekte mussten trotz ihrer sozialräumlich extrem wichtigen Rolle mit immer neuen Konsolidierungen umgehen. Heute setzen wir 150 000 Euro zu, damit die Arbeit der Sozialraumkoordinatoren durch eine erfolgreiche Projektarbeit unterstützt werden kann.

Wir wissen aber, dass durch die EU-Förderprogramme genau für diese elf Sozialräume zukünftig circa 50 Millionen Euro für Armutsbekämpfung und Prävention zur Verfügung gestellt werden - Geld, das den Weg zur Angleichung ihrer Lebenssituationen an den Kölner Durchschnitt ermöglichen soll.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eines möchte ich aber auch noch anmerken; denn das ist in der Presse von einem prominenten ehemaligen Ratsmitglied etwas schräg herübergekommen: Wir haben keinen zwölften Sozialraum im Sinne der Lebenswerten Veedel verabredet. Mit den Haushaltsmitteln wird ein Pilot-

projekt zur sozialräumlichen Vernetzung in einem nicht benachteiligten Stadtteil gestartet.

(Beifall von Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen])

Die Trägersuche für dieses Pilotprojekt muss natürlich mittels objektiver Kriterien erfolgen und kann nicht per Zuruf eines OB-Kandidaten erfolgen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wir stimmen alle darin überein - das haben meine Vorredner auch schon ausgeführt -, dass die Kultur trotz aller Konsolidierungszwänge ein Gewinn in diesem Haushalt 2015 ist. So werden zum Beispiel Mittel für die Bauunterhaltung der Museen zur Verfügung gestellt. Außerdem entschulden wir die Bühnen und bereinigen damit das finanzielle Desaster, das ein Operntendant hinterlassen hat. Zudem haben die Bühnen - ich meine damit Schauspiel und Oper - für den Start ins frisch sanierte Haus Mittel erhalten. Außerdem wurden - trotz aller Unkenrufe - die Zuschüsse für die freie Szene in keiner Sparte gekürzt.

Das alles ist angesichts der dramatischen Haushaltslage keine Selbstverständlichkeit. Vor allem mit der Kulturförderabgabe finanzieren wir wichtige Projekte wie die Samstagsoffnung der Stadtteilbibliotheken oder den Bücherbus. Langfristig haben wir dies gesichert. Wir stärken auch die kreative Szene. Es freut mich besonders, dass das Filmhaus Köln jetzt umgebaut bzw. saniert werden kann und ein neuer Ort der Filmkunst geschaffen wird, der auch würdig ist.

Diese Haushaltsbeschlüsse erfüllen nicht alle Wünsche, die in der Stadtgesellschaft kursieren. Mit unserem heutigen Beschluss verlassen wir aber endlich - und darüber bin ich sehr froh - die Zeit der vorläufigen Haushaltsführung, schaffen Planungssicherheit und wichtige Korrekturen und stellen auch die Weichen für Kölns Zukunft.

Daran wollen wir weiterarbeiten: für ein wachsendes Köln mit ökologischer und sozialer Lebensqualität. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Beifall von Andreas Henseler [Freie Wähler Köln] sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Ich gebe das Wort an Herrn Detjen für die Fraktion Die Linke.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Fraktion Die Linke. wird sich bei diesen Haushaltsabstimmungen enthalten. Der Grund ist für uns einfach und klar.

Einerseits finden zum ersten Mal seit Jahren keine Kürzungen für freie Träger im Sozialbereich, bei der Gesundheitsprävention, bei Bildung und Jugend oder bei der Kultur statt. In einzelnen Bereichen - bei den Bürgerhäusern und bei der offenen Jugendarbeit - wird sogar leicht zugesetzt.

Die Proteste vor dem Rathaus und der Druck im Rat haben gewirkt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern seit Jahren, freien Trägern die finanzielle Unterstützung nicht weiter zu kürzen. Hierzu hatten wir in den letzten Jahren stets einen mehr als gegenfinanzierten Veränderungsnachweis vorgelegt.

In diesem Jahr zeigten SPD und Grüne sich zum ersten Mal etwas aufgeschlossener. Nachdem der Beschluss gefasst ist, will sich nun auch die CDU mit der Rücknahme der Einschnitte schmücken - die Partei, der in den letzten Jahren die Kürzungen nie hart genug waren. Ein Zusammenhang mit der Oberbürgermeisterwahl im September drängt sich auf.

Meine Damen und Herren, Sie alle werden mit den nächsten Haushaltsberatungen die Gelegenheit bekommen, zu zeigen: Ist mit Ihnen eine wirkliche Trendwende in sozialer Hinsicht in Köln möglich? Bauen Sie mit uns gemeinsam ein soziales Köln wieder auf? Oder kehren Sie zu der alten Kürzungsideologie und den abgedroschenen Phrasen zurück, mit denen Sie in den letzten Jahren die Demonstrierenden vor dem Rathaus als Besitzstandswahrer abgetan haben?

Andererseits ist - bei allem, was wir in diesen Verhandlungen erreichen konnten: die Rücknahme der Kürzungen, die Einrichtung des so wichtigen Integrationsbudgets - mehr als eine Enthaltung nicht drin, meine Damen und Herren; denn alle Kürzungen aus den letzten Jahren bleiben erhalten, und für die meisten Träger gibt es keinen Ausgleich der Tarifsteigerungen.

Um eine Wende hin zu einem solidarischen, sozialen Köln einzuleiten, hatten wir SPD und Grü-

nen in den Haushaltsgesprächen den Vorschlag gemacht, die Einkommensgrenze für die Bezieher des Köln-Passes von 30 Prozent auf 40 Prozent über Hartz-IV-Regelsatz zu erhöhen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das haben Sie abgelehnt.

Dieser Haushalt bleibt so - trotz der Verbesserungen, die wir erreichen konnten - ein rot-grüner Haushalt.

Die Gefahr eines Jamaika-Bündnisses oder einer Großen Koalition ist nicht gebannt.

(Ulrich Breite [FDP]: Oh! Oh! Oh!)

- Hören Sie einmal zu, Kollegen von der FDP. Sie haben das Papier der IHK offensichtlich noch gar nicht gelesen. Die Kölner Wirtschaft und das Bürgertum wollen die Geschicke nämlich vollständig in der Hand haben. Sie wollen die Akteure der sozialen Teilhabe und der sozialen Gerechtigkeit an die Wand drängen und eine Privatisierungswelle starten.

Die IHK fordert in ihrer jüngsten Stellungnahme, die die FDP anscheinend noch nicht gelesen hat, zum Kölner Stadthaushalt - ich zitiere -:

So könnte sicherlich zur Erschließung neuer finanziellen Ressourcen beim städtischen Vermögen eine Konzentration auf die Kernaufgaben oder die Ergänzung konventioneller Finanzierungsformen durch Beteiligung von privaten Dritten erfolgen.

Die der IHK vorschwebende Form der Beteiligung privater Dritter - zum Beispiel als ÖPP - würde bedeuten, dass die Allgemeinheit nicht nur die Sanierung der Kölner Brücken finanzieren müsste, sondern zusätzlich auch noch die Gewinnansprüche von Investoren. Einen solchen Privatisierungskurs wollen wir verhindern.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, aber auch wir sind dafür, die privaten Dritten zu beteiligen. Köln steht in den nächsten Jahren tatsächlich vor großen Herausforderungen. Sehr viel Geld muss in die Hand genommen werden, um die Infrastruktur zu reparieren und neu zu entwickeln. Wir müssen diejenigen daran beteiligen, die für ihre Gewinne die Kölner Infrastruktur in Anspruch nehmen und sie dabei besonders abnutzen. Schließlich wissen wir, dass Brücken nicht durch Radverkehr und auch nur wenig durch Pkw ge-

schädigt werden. Das passiert in allererster Linie durch den Schwerlastverkehr.

An dieser Stelle müssen wir unkonventionelle Finanzierungsmethoden offen diskutieren. Das haben wir auch schon gemacht. Denken Sie zum Beispiel an IKEA.

(Beifall bei der Linken - Bernd Petelkau [CDU]: Sie wollen also die Citymaut einführen, Herr Detjen?)

Ansonsten ist das Mittel zu einer gerechten Beteiligung der Kölner Wirtschaft weiterhin, die Einnahmen aus der Gewerbesteuer deutlich zu erhöhen.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir wissen alle: Rot-Grün ist tief zerstritten.

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Genau wie DIE LINKE!)

In der Finanzausschusssitzung am 15. Juni dieses Jahres legten Sie einen Veränderungsnachweis vor, in dem Sie Ihr Infrastrukturprogramm mit 6,1 Millionen Euro vollständig aus den Rückzahlungen der Bundesregierung für Maßnahmen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket bezahlen wollen. Die BuT-Mittel sind aber für Kinder und Jugendliche aus Familien mit wenig Einkommen gedacht: für das Schulbedarfspaket, für Schul- und Kitaspeisungen, für Lernförderung, für soziale und kulturelle Teilhabe und für Klassenfahrten. Straßenbau gehört nicht dazu.

Das Land NRW hat in einem Erlass vom 13. Dezember 2012 festgelegt, dass Mittel für Bildung und Teilhabe nicht in den allgemeinen Haushalt übertragbar sind. Frau Beigeordnete Reker hat dies in drei Mitteilungen immer wieder ausdrücklich betont.

Dass die grüne Stadtkämmerin Klug jetzt eine andere Rechtsauffassung hat, wundert uns doch sehr. In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses ist sie zwar zurückgerudert, hat ihre Grundaussage aber im Prinzip bestätigt. Ich zitiere:

Eine Verwendung im Rahmen des Gesamthaushaltes ist aus finanzieller Sicht daher zulässig.

Die 6,1 Mio. Euro müssen zurück in den Sozialetat.

(Beifall bei der LINKEN)

Spätestens im Haushaltsentwurf 2016 müssen sie wieder der entsprechenden Produktgruppe gutgeschrieben werden.

Gute Arbeit, bezahlbarer Wohnraum, mehr Bildung, ÖPNV ausbauen und Einnahmen steigern - das sind die Kernsätze linker Politik im nächsten Jahr.

Gute Arbeit: Wir werden dem Stellenplan zustimmen, Herr Kahlen. Wir freuen uns, dass mehr Personal eingestellt wird und dass unser Ruf nach Einhaltung der Ausbildungsquote endlich Gehör findet. Es ist gut, dass die Befristungen endlich reduziert werden.

Das reicht uns aber nicht aus. Hier müssen wir noch nachbessern. Wir haben den Stadtdirektor gebeten, den Vorbereitungslehrgang für Auszubildende mit Migrationshintergrund fortzusetzen und Ausbildungsprojekte für Flüchtlinge zu entwickeln.

Die Anstellung von Ordnungshelfern sehen wir sehr kritisch. Hier stimmen wir mit den Grünen überein. Wir brauchen in der Innenstadt nicht Repression, sondern ein Konzept der Deeskalation mit Streetworkern und Sozialarbeitern.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von Birgit Gordes [CDU])

Wir schlagen vor, ein solches Konzept in einer breiten Diskussion mit allen Beteiligten zu entwickeln.

Ich denke, dass es uns gelingen wird, eine solche Debatte anzustoßen. Kolleginnen und Kollegen der CDU, freuen Sie sich deshalb nicht zu früh über mehr Uniformen an den Ringen.

(Beifall bei der LINKEN - Heiterkeit - Dirk Michel [CDU]: Doch!)

Bezahlbarer Wohnraum: DIE LINKE hat erreicht, dass 100 000 Euro für die schnelle Umsetzung der Milieuschutzsatzung im Haushalt enthalten sind. Die Verwaltung muss nach der Sommerpause endlich eine Verwaltungsvorlage vorlegen. Wir müssen dieses Thema endlich anpacken. In immer mehr Stadtteilen werden die Mieten angehoben und Mieterinnen und Mieter verdrängt.

Wir müssen den Vermieterinnen und Vermietern eine klare Botschaft senden. Wir werden es nicht dulden, dass die Mieten weiter dramatisch steigen. Wir werden unsere Instrumente der Stadtverwaltung nutzen, um das zu verhindern.

(Beifall bei der Linken)

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass mehr geförderte Wohnungen gebaut werden. Wir müssen die Satzung für das Kooperative Baulandmodell Köln überarbeiten. Es kann nicht angehen, dass sich die Immobilienunternehmen mit hohen Kosten herausreden und die Umsetzung des 30-Prozent-Anteils an geförderten Wohnungen unterlaufen.

Wir müssen die GAG stärken und alle kommunalen Unternehmen bündeln, um schlagkräftiger agieren zu können. Wir rufen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der GAG und den Mitgliedern und Genossen der Wohnungsgesellschaften zu: Lassen Sie uns gemeinsam anpacken, um mehr preisgünstigen Wohnraum an den Markt zu bringen. Das hat Köln nach zwei Weltkriegen geschafft. Warum soll das heute nicht möglich sein?

Mehr Bildung: DIE LINKE konnte erreichen, dass offene Ganztagsgrundschulen in Stadtteilen mit besonderem Jugendhilfebedarf zusätzliche Mittel von 105 000 Euro für gruppenübergreifende Projekte erhalten. Damit können die Schulen eigenverantwortlich entscheiden, wie sie auf die besonderen Bedarfe vor Ort eingehen. Sie können die Mittel zum Beispiel für Selbstbehauptungstrainings oder Sprachförderung verwenden, die nicht im schulischen, sondern im jugendpädagogischen Bereich angesiedelt sind, oder für die Bearbeitung bestimmter Problemlagen, etwa durch Gender- und Anti-Gewalt-Trainings oder Projekte gegen Rassismus und Diskriminierung.

(Beifall bei der LINKEN)

Die OGTS sind seit Jahren unterfinanziert. Seit zehn Jahren gab es nur Kürzungen und dementsprechend auch keine Tarifierhöhungen. Dieses Jahr gibt es das erste Mal 600 Euro mehr pro Jahr und Gruppe. Das ist nicht viel. Ich hoffe aber, dass diese Mittel den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zukommen; denn wir haben Engpässe zu verzeichnen. Es darf nicht sein, dass wir gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht halten können.

(Beifall bei der LINKEN)

Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs: DIE LINKE arbeitet in der Verkehrspolitik mit den Piraten und Deinen Freunden eng zusammen. Wir wollen mehr Radverkehr in Köln und einen Ausbau des ÖPNV. DIE LINKE setzt sich für einen fahrscheinlosen ÖPNV in Köln ein. Zu dieser Forderung haben wir im Wahlkampf großen Zuspruch erhalten.

Dahin zu kommen, ist aber ein sehr weiter Weg, meine Damen und Herren. Wir freuen uns, dass jetzt eine breite Diskussion beginnt. Der KVB-Vorstand interessiert sich für dieses Thema - und auch die Kölner Jusos.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen gemeinsam mit allen demokratischen Fraktionen an einer Verkehrswende arbeiten, um für die Anforderungen einer modernen Stadtgesellschaft in den nächsten 20 Jahren gerüstet zu sein.

Meine Damen und Herren, die Linke wird sich als viertstärkste Kraft weiterhin widerständig und konstruktiv in den Kölner Rat einbringen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu der Erhöhung der Elterngebühren wird jetzt noch der Kollege Kockerbeck für uns sprechen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte schön, Herr Kockerbeck.

Heiner Kockerbeck (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Mit der neuen Gebührenordnung für Kitas und für den offenen Ganztags an Grundschulen sollen die Einnahmen der Stadt um 2,5 Millionen Euro pro Jahr verbessert werden. Die Eltern sollen also bezahlen und mehr zum Stadthaushalt beitragen als bisher.

Die Linke ist natürlich sehr dafür, die Einnahmen der Stadt zu erhöhen, statt bei den Ausgaben weiter zu kürzen, also bei den sozialen und kulturellen Leistungen für die Mehrheit der Kölnerinnen und Kölner. Ganz entscheidend ist aber doch, wer die Mehreinnahmen bezahlen soll.

Entscheidend ist für die Linke, ob Gebühren erstens sozial gerecht sind und zweitens der Sache - hier den Kitas - dienen. Ich meine, dass beide Kriterien nicht erfüllt sind.

Nach der vorliegenden Gebührentabelle zahlt eine alleinerziehende Mutter mit einem Jahresgehalt von 18 000 Euro - das sind rund 1 500 Euro im Monat - für ihr unter zwei Jahre altes Kind in einer städtischen Kita bei Vollzeitbetreuung den stolzen Preis von 68 Euro im Monat. Hinzu kommen noch rund 50 Euro für das Mittagessen. Diese Gebühr wird zwar nicht erhöht. Für ein begrenztes Gehalt ist das aber doch eine

sehr hohe Summe. Bildung - auch in der Kita - sollte nicht vom Geldbeutel abhängen.

Im höheren Bereich der Einkommensskala finden Erhöhungen statt. Das wurde heute schon gesagt. Beschäftigte mit einem vier-, fünf- oder sechsmal höheren Einkommen zahlen bald deutlich mehr. Eine Familie mit einem Jahresgehalt von mindestens 78 000 Euro zahlt beispielsweise 532 Euro für Vollzeitbetreuung, und wer über 100 000 Euro verdient, zahlt 638 Euro - plus das Mittagessen.

Das scheint sozial und gerecht zu sein, ist es aber nur auf den ersten Blick. Es schadet nämlich wiederum den städtischen Kitas als Bildungseinrichtungen. Bei genauer Betrachtung führen solche Gebühren dazu, dass Eltern mit höheren Einkommen sich gut überlegen, ob sie ihr Kind nicht in einer privaten Kindertageseinrichtung anmelden.

Die soziale Trennung der Kinder im Bildungssystem schreitet dadurch voran. Sie ist in Deutschland durch die unterschiedlichen Schulformen ab dem zehnten Lebensjahr im europaweiten Vergleich sowieso schon sehr stark ausgeprägt.

Die Linke möchte dagegen Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichen sozialen Schichten und Milieus zusammenbringen. Nur so können Kinder und Jugendliche soziale Vielfalt kennenlernen und in größtmöglicher Solidarität mit anderen aufwachsen.

Gebühren für Kitas, auch sozial gestaffelte, sind aus den beschriebenen Gründen unsozial. Sie belasten niedrige Einkommen zu stark und schaden bei den höheren Einkommen den Bildungszielen.

Wer Kitas als öffentliche Bildungseinrichtungen, nicht nur als Betreuungseinrichtungen, ernst nimmt, sollte deshalb anstreben, dass Bildung generell kostenfrei ist und dass kostenfreie Bildung für alle verwirklicht wird, von der Kita bis zur Hochschule.

Die Linke ist natürlich bereit, ernsthafte Schritte in diese Richtung jederzeit zu unterstützen. Wir werden aber gegen die aktuelle Erhöhung der Gebühren stimmen.

Um die Einnahmen der Stadt zu erhöhen, hat die Linke Köln übrigens praktikable Vorschläge gemacht. Mit diesen könnte man die 2,5-Millionen-Euro-Gebührenerhöhung leicht vermeiden und die Gebühren sogar sofort senken. Ich nenne drei Beispiele.

Erstens. Das Finanzamt hat nicht genügend Mitarbeiter. Deshalb entgehen der Stadt Köln jedes Jahr Millioneneinnahmen bei der Gewerbesteuer. Bislang hat Köln sechs Betriebsprüfer eingestellt, um Steuertricks der Unternehmen aufzudecken. Jeder Betriebsprüfer sorgt für Mehreinnahmen von 1 Million Euro. Verdoppelte die Stadt die Zahl der Betriebsprüfer auf zwölf, würde dies - vorsichtig geschätzt - jährlich zu Mehreinnahmen von 4,5 Millionen Euro führen.

Zweitens. Die Stadt könnte überlegen, externe Beauftragungen für Gutachten, zum Beispiel über den Zustand Kölner Brücken, dadurch zu umgehen, dass sie mehr Personal bei der Stadtverwaltung einstellt. Erledigte die Stadt diese Aufgaben selbst, wäre das, je nach Bereich, ein Drittel bis die Hälfte günstiger; denn es fiel der Gewinn fort, den private Gutachten- und Beratungsfirmen erzielen wollen. 1,5 Millionen Euro könnten so eingespart werden.

Drittens. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer wäre möglich. Wir würden sie nur mäßig um 15 Hebepunkte auf 490 Hebepunkte - dieser Satz gilt beispielsweise in Bonn - anheben. Dadurch würde die Stadt Köln 24 Millionen Euro mehr einnehmen.

Wie Sie sehen, sind die Kitagebühren, die erhöht werden, um bei der Masse der Bürgerinnen und Bürger Millionen Euro einzunehmen, und zwar nicht nur durch die Erhöhung, sondern bisher auch schon, nicht nur sozial bedenklich und für die Kitas als Bildungseinrichtungen schädlich, sondern auch haushaltspolitisch unnötig. Deshalb lehnt die Linke sie ab.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Jetzt kommen wir zur FDP-Fraktion. Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Damen und Herren! Die heutige Haushaltsplanberatung ist ein beachtliches Ereignis. Es ist der erste Haushalt nach der Köln-Wahl, der erste seit mehr als zwei Jahren. Nach dem finanzpolitischen Chaos oder, wie Herr Kollege Börschel gesagt hat, den Merkwürdigkeiten der letzten Woche kann ich natürlich verstehen, dass Rot-Grün 2013/2014 einen Doppelhaushalt aufgestellt hat, um den Kölnerinnen und Kölnern dieses Schauspiel vor der Wahl zu ersparen. Au-

ßerdem ist es der letzte Haushalt für unseren Oberbürgermeister.

Genau darüber rede ich heute im Namen der FDP-Fraktion: über die politische Situation nach der Köln-Wahl, über unsere Bewertung des Haushaltsplans und über die Bilanz des Oberbürgermeisters.

Meine Damen und Herren, eigentlich liegt die Köln-Wahl erst gut einen Monat zurück;

(Beifall von Sylvia Laufenberg [FDP]
und Birgit Gordes [CDU])

denn am 19. Mai dieses Jahres wurde mit der Neuauszählung des Rodenkirchener Briefwahlbezirks 20874 eines unserer Wahlziele doch noch erreicht: Rot-Grün hat keine Mehrheit mehr in diesem Rat.

(Beifall bei der FDP und der CDU -
Zuruf von Jörg Detjen [Die Linke.])

Doch der Weg dahin war kein Ruhmesblatt für die Demokratie - da sollten gerade Sie, Herr Detjen, ganz still sein -;

(Beifall bei der FDP und der CDU)

denn die rot-rot-grüne Mehrheit im Wahlprüfungsausschuss und im Rat, die - ob als neu oder wieder gewählte Mitglieder - verantwortungsbewusst mit dem Zweifel am Ergebnis hätte umgehen müssen, hat jämmerlich versagt. Erst das Verwaltungsgericht hat dem Wählerwillen zum Durchbruch verholfen.

Das bundesweite Echo im Blätterwald beweist: Mit dieser Aktion haben die Verantwortlichen großen Schaden für die Stadt verursacht, den sie doch nach ihrem eigenen Eid eigentlich von ihr fernhalten sollten.

(Beifall bei der FDP)

Von einem Ende der rot-grünen Mehrheit haben wir uns mehr Offenheit für Vorschläge politisch Andersdenkender versprochen.

Zwar gibt es Lichtblicke, bei denen sinnvolle Vorschläge beispielsweise der FDP eine Mehrheit gefunden haben - zum Beispiel die Übertragung der Ratssitzungen im Internet, der Bau einer Rheinbrücke im Kölner Süden und die Initiative, dass unerlaubt Eingereiste auf die Zuweisungsquote angerechnet werden. Das alles gehört dazu. Das prominenteste Beispiel ist vielleicht der Wiederaufbau der Flora mit ihrem historischen Tonnendach - ein echter Hingucker, der sich

nach der aktuellen Jahresbilanz von KölnKon-gress auch zum wirtschaftlichen Erfolg mausert.

Sicher haben solche Erfolgsgeschichten viele Mütter und Väter. Ich bin in dieser Frage jeder und jedem dankbar. Am Anfang einer solchen Initiative steht aber ein Antrag, dem man eine Chance geben muss, auch wenn er von der falschen Fraktion kommt.

(Beifall bei der FDP)

Leider gibt es wenige Geschichten mit einem solchen Happy End.

Es gibt die starken Ideen, die sich am Ende doch durchsetzen, auch wenn die Erstinitiative abgelehnt wurde. So wurde das Haus des Jugendrechts, heute ein Erfolgsmodell, erst vier Jahre nach dem ersten FDP-Antrag beschlossen. Bei der Prioritätenliste der Projekte des städtebaulichen Masterplans Innenstadt Köln hat es fünf Jahre gedauert, beim Deutzer Hafen sogar acht.

Der Kollege Houben sagte mir gerade: Wie gut, dass wir den Antrag für die Fußgängerheinbrücke zwischen Theodor-Heuss-Ring und Rheinpark nicht eingebracht haben; sonst hätte sie heute in den Haushaltsplanberatungen gar keine Chance gehabt, weil der Antrag von der falschen Seite gekommen wäre.

(Beifall bei der FDP)

Tiefpunkt dieser Entwicklung war die Entscheidung über die von den Liberalen ins Gespräch gebrachte südliche Teilinbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn, die jetzt Gott sei Dank realisiert wird. Allein die mehr als einjährige Diskussion über diesen Vorschlag hat dazu geführt, dass der Eröffnungstermin von Dezember 2014 auf Dezember 2015 verschoben werden musste. Die Entscheidung kam auch nur zustande, weil sich die Grünen von ihrem Koalitionspartner abgewandt haben und die CDU die Größe hatte, zuzugeben, dass man sich geirrt hat. Um Haaresbreite wäre die Initiative gescheitert, und wir müssten nach bisherigem Stand vielleicht noch weitere zehn Jahre auf die Eröffnung warten.

Meine Damen und Herren, auf eine Entschuldigung vonseiten der SPD, dass man hier einer Fehleinschätzung unterlegen ist, warten die Kölnerinnen und Kölner bis heute vergebens.

(Beifall bei der FDP)

Ich könnte diese Liste über das Rote Haus, den Godorfer Hafen, die Beförderung verdienter Par-

teifreunde kurz vor der Pensionierung usw. fortsetzen.

Es bedarf eines neuen Klimas der geistigen Offenheit im Wettbewerb um die besten Ideen in diesem Rat.

(Beifall bei der FDP)

Leider habe ich nicht die Hoffnung, dass die aktuellen Stützungsmaßnahmen der Piraten zugunsten der angeschlagenen Ratsmehrheit diese Offenheit bringt. Ganz im Gegenteil! Immerhin haben sich die Piraten in den drei Entscheidungen des letzten Jahres zur Neuauszählung des Rodenkirchener Wahlkreises bereits der SPD angedient und mit ihr gestimmt.

Wie das mit Ihren Grundsätzen der Bürgernähe und Transparenz zu vereinbaren ist, können Sie Ihren Wählern gerne erklären.

(Martin Erkelenz [CDU]: Die haben doch gar keine!)

Für viele ist das rot-grüne Bündnis mit den Piraten - die Grünen haben sie noch in der letzten Woche in der *Kölnischen Rundschau* „eine Partei in Auflösung“ genannt - eine Paprika-Koalition. Für mich ist es eine Koalition derer, die den Wählerwillen unterdrücken wollten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Meine Damen und Herren, der vorliegende Haushaltsplanentwurf ist ein Haushalt der Rekorde. Das haben auch schon einige Vorredner bemerkt. Nie wurde der reguläre Haushalt so spät verabschiedet wie in diesem Jahr, nie waren die Luftbuchungen so groß wie in diesem Jahr, und nie wurde ein OB-Wahlkampf so unverfroren unterstützt wie durch den Haushalt 2015.

(Beifall bei der FDP)

Zum Beispiel hat die Stadt Düsseldorf ihren Haushalt bereits am 4. Dezember letzten Jahres verabschiedet. Da dauerte es bei uns in Köln noch zwölf Tage, bis unser Haushalt erst einmal eingebracht wurde.

Natürlich würde die Kämmerin den Haushalt für 2015 am liebsten erst im Jahr 2016 verabschieden. Dann liegen ja hoffentlich alle Zahlen vor, und die Verwaltung hat gar keine Zeit mehr, die bereitgestellten Mittel im Haushaltsjahr zu ver-ausgaben.

Diese Unsitte der späten Einbringung muss aus Sicht der Freien Demokraten geändert werden.

Die freien Träger brauchen früh Planungssicherheit, um auf Veränderungen reagieren zu können, und die Verwaltung braucht insbesondere wegen der aufwendigen Ausschreibungen zum Beispiel bei der Straßenunterhaltung Zeit, das Geld auszugeben.

Frau Kämmerin, ich fordere Sie auf, endlich die Haushaltsplanentwürfe und Veränderungsnachweise rechtzeitig vorzulegen, damit in jedem Jahr vor Weihnachten der Sack für den Haushalt des kommenden Jahres zugemacht werden kann.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

„Die Unvollendete“ hat unser finanzpolitischer Sprecher Uli Breite den Haushalt im Finanzausschuss genannt. Es sind ja noch folgende Fragen offen:

- Wird in die Rücklage der Stadtwerke gegriffen, oder kommt es zu einer Vorausausschüttung des Gewinns 2016?
- Sind die sogenannten Pauschalverbesserungen vor der Haushaltseinbringung auf der Ertragsseite nun tatsächlich mit realen Mehrerträgen bzw. Minderausgaben hinterlegt?

Diese Pauschalverbesserungen sind reine Luftbuchungen.

Und wer einen möglichen Gewinn der Stadtwerke für das kommende Jahr einbuchen will, muss sich fragen lassen, wie er das dadurch entstehende Loch im Jahr darauf stopfen will. Sie verfrühstücken mit dieser Politik den Spielraum für kommende Haushalte.

(Beifall bei der FDP)

Die Einbringung des Haushalts und die danach erfolgten Veränderungsnachweise waren von Chaos in der Darstellung und in den Inhalten geprägt. Das haben meine Vorredner mit überraschender Offenheit hier schon festgestellt.

Unterschiedliche Zahlen und Interpretationen waren im Umlauf. Die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung wurden eklatant verletzt. Es gab keine Klarheit und keine Übersichtlichkeit.

Aber auch von der Einhaltung des Grundsatzes der Vollständigkeit konnte bis zur Sitzung des Finanzausschusses nicht gesprochen werden, da die Kämmerin verschiedene Einnahmen - zum Beispiel die Reduzierung der LVR-Umlage - nicht in ihr Zahlenwerk als Haushaltsverbesserung

einbuchte, sondern einfach für Rot-Grün zum Ausgeben aufhob.

Herr Börschel kann hier natürlich sehr schön sagen, wie toll seine Vorschläge alle gedeckt sind, wenn vorher entsprechende Luftbuchungen dafür zur Verfügung standen.

Die Krönung dieser Beispiele ist die Kulturförderabgabe, die Bettensteuer. Herr Börschel, ich kann Sie beruhigen: Die FDP hat damit nicht ihren Frieden geschlossen. Wir lehnen das nach wie vor ab.

(Martin Börschel [SPD]: Aber ausgeben tut ihr das Geld! Ausgeben, das könnt ihr, ja!)

Aber hier ist in der Haushaltsvorlage der Kämmerin eine Pauschalausgabe von 5,7 Millionen Euro gegengerechnet worden, die Rot-Grün erst im Finanzausschuss mit entsprechenden Gegenmaßnahmen gedeckt hat, meine Damen und Herren. So kann man doch keine Haushaltspolitik machen.

(Beifall bei der FDP - Martin Börschel [SPD]: Die Verwaltung hat sich doch an die Beschlüsse gehalten!)

Der Laie staunt, und der Fachmann wundert sich. Ich dachte immer, im Rahmen der Haushaltsplanberatungen müsse man seine Mehrausgaben mit Einsparungen decken. Nein, in Köln bekommt die Mehrheit von der grünen Kämmerin Spielgeld zur Verfügung gestellt, um den Wunschzettel zu finanzieren.

(Martin Börschel [SPD]: Mein Lieber, ich erinnere dich nur einmal an deine Beratungen mit Herrn Soénius!)

Meine Damen und Herren, das hat etwas von einer Bananenrepublik.

(Beifall bei der FDP)

Die Kämmerin will bis 2024 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, indem die Erträge schneller steigen sollen als die Aufwendungen. Schon diese Strategie - die die Kämmerin anscheinend nicht bereit ist, hier zu verteidigen; deswegen verlässt sie gerade den Saal - ist verwerflich.

Das Problem beim Haushalt der Stadt Köln ist aber, dass die Aufwendungen schneller gestiegen sind als die Erträge. Anders ausgedrückt: Köln hat zwar hohe Einnahmewachse, doch die noch höheren Ausgabenzuwächse fressen

diese Erfolge wieder auf. Damit ist kein Haushaltsausgleich zu schaffen.

Im Bestreben, höhere Einnahmen zu generieren, werden die Bürgerschaft und die Unternehmen in dieser Stadt immer weiter belastet: Sexsteuer, Bettensteuer, Schneesteuer und Gewerbesteuer sind nur einige Beispiele dieser immer stärker angezogenen Daumenschrauben für den Standort Köln - vom Kooperativen Baulandmodell Köln ganz zu schweigen.

Demgegenüber hat man, wenn es laut Rechnungsprüfungsamt jetzt eine absolut unseriös gerechnete Finanzierung für den Bau von Luxusgewächshäusern in der Flora gibt oder wenn - wir haben das von der Kollegin von den Grünen schon gehört - in sicherlich nicht sozial benachteiligten Stadtteilen wie Lövenich oder Widdersdorf Sozialraumkoordinatoren eingesetzt werden sollen oder wenn in Chorweiler für Wohnungen der GAG insgesamt fast 150 Millionen Euro ausgegeben werden sollen, den Eindruck: Für den SPD-OB-Kandidaten soll für jeden Stadtbezirk ein entsprechendes Zückerchen im Haushalt bereitgestellt werden.

Mich wundert, dass Grüne und CDU dafür ihre Hände heben.

(Beifall bei der FDP - Martin Börschel
[SPD]: Keine Flucht aus der Verantwortung!)

Die rot-grüne Ratsmehrheit erstickt Wachstumsimpulse in der Stadtentwicklung, behindert die Mobilität die Kölnerinnen und Kölner, schränkt durch unzureichende Sicherheit und Bevormundung die Freiheit ein und bekommt die Finanzen nicht in den Griff, weil der Wille zum Sparen fehlt.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund ist klar, dass die Freien Demokraten für die Grundlage dieser Politik im laufenden Jahr, nämlich für diesen Haushaltsplan, keinen Blankoscheck ausstellen und die Hände unmöglich heben werden.

(Beifall bei der FDP - Martin Börschel
[SPD]: Ihr habt ja nicht einmal verhandelt!)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, dies ist eine Ihrer letzten Ratssitzungen und der letzte Haushaltsplan, den wir hier in Ihrer Amtszeit verabschieden. Das ist Anlass genug, einmal Bilanz zu ziehen. Ich kann Sie beruhigen: Ein so schlechtes Zeugnis wie von Ihrem grünen Koalitionspartner, der Sie noch in der letzten Woche

öffentlich als „große tägliche Belastung“ bezeichnet hat, bekommen Sie von den Freien Demokraten nicht ausgestellt. Trotzdem muss ich festhalten, dass Sie leider bis zuletzt nicht versucht haben, breite politische Mehrheiten für wichtige Fragen zu organisieren.

Der gescheiterte Neubau des Schauspielhauses ganz am Anfang Ihrer Amtszeit hätte Ihnen eigentlich schon eine Warnung sein sollen. Doch andere Niederlagen, zum Beispiel beim DFB-Campus in Müngersdorf, folgten. Diese Maßnahmen sind auch ein Opfer mangelnden politischen Managements geworden.

Auch Ihr größtes Projekt, der Neubau der Historischen Mitte am Roncalliplatz, droht einem Kasernensturz nach der OB-Wahl zum Opfer zu fallen. Nicht nur, dass Sie nicht informell für eine breite Zustimmung in diesem Rat gesorgt haben; es ging sogar so weit, dass das ganze bisherige Wettbewerbsverfahren, das sicherlich einen kräftigen sechsstelligen Betrag verschlungen hat, ohne jeden Beschluss eines Ratsgremiums gelaufen ist.

(Ulrich Breite [FDP]: Hör! Hör!)

Ich finde aber, dass Sie sich gesteigert haben, Herr Oberbürgermeister. Nachdem Sie sich geweigert hatten, vorzeitig aus dem Amt zu scheiden, und sich dementsprechend von Ihrer Partei etwas freigeschwommen haben, zeigen Sie endlich Gestaltungswillen. So brachten Sie zum Beispiel die Umnutzung des Deutzer Hafens - eine Forderung, die wir seit 2007 erheben - auf die Schiene.

Herr Oberbürgermeister, ich danke Ihnen für die Zusammenarbeit der vergangenen Jahre und den menschlich immer sehr angenehmen Umgang. Ich hoffe, dass Sie Köln erhalten bleiben, und freue mich auf viele Begegnungen mit Ihnen als Alt-OB.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Meine Damen und Herren, starke Persönlichkeiten, die unabhängig von den Fraktionsführungen im Rat im Sinne der Stadt agieren können - das war das Ziel der Liberalen in der Landesregierung von 2005 bis 2010, als wir die Trennung der OB-Wahl von der Ratswahl durchsetzten. Die Wahl am 13. September dieses Jahres ist die erste und gleichzeitig letzte Wahl dieser getrennten Art; denn die Nachfolgeregierung hatte nichts Besseres zu tun, als die Neuregelung für 2020 sofort wieder rückgängig zu machen.

Eine parteilose Kandidatin, die von CDU, Grünen, FDP, Freien Wählern und Deinen Freunden unterstützt wird, wäre bei einer parallel stattfindenden Ratswahl vollkommen undenkbar. Das sollten sich auch die Grünen zu Herzen nehmen und im Nachhinein einmal darüber nachdenken, ob ihre Entscheidung im Landtag, diese Möglichkeit wieder abzuschaffen, wirklich richtig gewesen ist.

In diesem Sinne ist die Wahl in 82 Tagen die einzige Chance für Köln, sich von rotem Filz und Parteibuchwirtschaft zu befreien, eine Chance, neues Vertrauen in das Handeln der Verwaltung und die Stadt herzustellen, und die Chance für einen Neustart, damit Köln die Potenziale nutzt, die es hat. Daher hoffen die Freien Demokraten auf die erste Oberbürgermeisterin für Köln, auf Henriette Reker. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP - Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Sterck. - Wir kommen nun für die AfD zu Herrn Rottmann.

Hendrik Rottmann (AfD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der städtische Haushalt befindet sich nah an der Gefahrenzone. Nach § 76 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen darf die allgemeine Rücklage in zwei aufeinanderfolgenden Haushaltsjahren nicht mehr als um ein Zwanzigstel, also um 5 Prozent, verringert werden. Geschieht dies doch, ist ein Haushaltssicherungskonzept erforderlich.

Wie weit ist Köln davon entfernt? Nun, nach unserer Auffassung nicht sehr weit. Gemäß Haushaltsplan 2015 - Band 2, Seite 8 - sind es gerade einmal 0,22 Prozent. Die geplante Entnahmekquote liegt nämlich bei 4,78 Prozent. Steigt das Defizit über die von der Kämmerin prognostizierten 280 Millionen Euro an, wird diese Hürde von 5 Prozent schnell gerissen. Einen Haushalt an dieser Kennzahl auszurichten, ist nach unserer Auffassung ohnehin schon Kapitulation.

Wir glauben also, dass ein Haushaltssicherungskonzept näher ist, als es uns die Kämmerin weismachen möchte. Denn kann es nicht passieren, dass die Ausgaben stärker steigen als vorhergesagt? Allein durch die undurchsichtige und schwer zu kalkulierende Flüchtlingssituation be-

steht eine große finanzielle Gefahr, meine Damen und Herren.

In ihrer Haushaltsrede vom 16. Dezember 2014 sagte die Kämmerin, dass das Liquiditätsdefizit noch höher liegt als das bilanziell ausgewiesene Defizit, nämlich bei 344 Millionen Euro. Wer garantiert denn, dass nicht auch dieses Defizit bilanziell wirksam wird? Wer garantiert, dass nicht Aktiva unerwartet stark abgewertet werden müssen? Wer garantiert, dass nicht weitere geplante Einnahmen wegbrechen? Und wer garantiert, dass die Kosten für geplante Projekte in Köln nicht unerwartet enorm ansteigen? Ich habe gehört, dass so etwas in Köln ja schon mal passiert sein soll.

Meine Damen und Herren, es wäre nicht das erste Mal, dass rot-grüne Kämmerer mit ihren Prognosen danebenliegen. Ganz im Gegenteil! Dies ist geradezu ihre politische Spezialität.

Sehr geehrte Frau Klug, in Ihrer Rede zur Einbringung des Haushalts am 16. Dezember 2014 zitierten Sie Georg Christoph Lichtenberg und reklamierten für sich Witz und Kraft. Ersteres gestehen wir Ihnen gerne zu. Bei der zweiten Eigenschaft haben wir aber Zweifel. Angesichts des auszuweisenden Defizits halten wir Beethoven grundsätzlich für passender, der seiner Wut über den verlorenen Groschen Ausdruck verliehen hat. Aber bei der von Ihnen zu vertretenden Dimension versagt selbst Beethovens schöpferische Fähigkeit. Vielleicht schafft es da die zeitgenössische Musik von Josef Matthias Hauer: *Apokalyptische Fantasie*.

Nun, was ist zu tun, meine Damen und Herren? Angesichts der dramatischen Annäherung an die Gefahrenzone von 5 Prozent bei der Verringerung der allgemeinen Rücklage fordern wir, bereits jetzt Maßnahmen zu ergreifen, um schneller und nachhaltiger als von der Kämmerin geplant die Gefahrenzone zu verlassen.

Darüber hinaus fordern wir, dass die Verwaltung endlich einen Haushalt vorlegt, welcher der Leistungsfähigkeit der Gemeinde entspricht und keine Nettoneuverschuldung verursacht.

Wir fordern einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel hin zu einem schuldenfreien Haushalt. Das ist noch ein sehr weiter Weg. Aber jeder Weg beginnt mit dem ersten Schritt. Lassen Sie uns diese ersten Schritte tun.

Meine Damen und Herren, dazu ist aber ein politischer Wille notwendig - ein politischer Wille, den Sie nicht haben. Sie wollen nicht sparen. Sie

wollen den Haushalt gar nicht aus der Gefahrenzone bringen; denn Sie haben kein Bewusstsein für Finanzfragen.

Daher behalten wir die Einnahmequote fest im Blick. Wir werden laufend nachfragen und die Wasserstandsmeldungen im Vergleich zu Ihrer Prognose den Bürgern bekannt geben; denn wir wollen die öffentliche Debatte um den städtischen Haushalt beleben.

Wir fordern einen Masterplan zum Schuldenabbau und zur Rückführung des Haushalts an die Leistungsfähigkeit der Kölner Bürger; denn das geht bei großen und kleinen Kommunen. Das zeigen viele Beispiele, teilweise in der direkten Nachbarschaft wie Düsseldorf oder Monheim.

Unsere konkreten Sparvorschläge hin zu einem soliden Kölner Haushalt sind:

- Stoppen Sie alle noch nicht begonnenen Großprojekte wie den Neubau des Rodenkirchener Rathauses und die Erweiterung oder den Neubau von Museen, des Kulturzentrums am Neumarkt, des Historischen Archivs oder des Godorfer Hafens, um hier nur einige zu nennen. Wir können uns derzeit keinen Schmuck am Nachthemd erlauben. Deshalb ist zum Beispiel auch der Neubau der Gewächshäuser in der Flora zwar wichtig, aber eben nicht dringend. Doch dieser Unterschied wird nicht berücksichtigt. Hier stellt sich die Frage: Kennen Sie ihn überhaupt?
- Vereinbaren Sie eine kostensenkende Zusammenarbeit mit den Bühnen der Stadt Bonn.
- Vereinbaren Sie mehr Einkaufskooperationen mit den Nachbargemeinden.
- Legen Sie die Personalverwaltung mit Nachbargemeinden zusammen. Für die Beschäftigten des Landes Nordrhein-Westfalen gibt es ein einziges Landesamt für Besoldung und Versorgung. Warum nicht mal neue Wege gehen und dies bei den Kommunen auch versuchen?
- Bekämpfen Sie den Missbrauch von Sozialleistungen stärker als bisher. Ein unerlaubter Bezug von diesen Leistungen ist ein Vergehen an allen Bürgern.
- Frieren Sie die Fraktionszuwendungen dieses Rates auf den Stand von 2014 ein.

(Beifall bei der AfD)

- Lassen Sie uns bei allen Anträgen die Investitions-, Finanzierungs- und Folgekosten im Vorfeld auflisten. Es wird gerne gesagt: Diese Investition ist ein Aktiv-Passiv-Tausch; das kostet uns nichts. - Das ist aber falsch, meine Damen und Herren. Eine Ausgabe muss erst einmal bezahlt werden. Das verbraucht Liquidität, wie der griechische Ministerpräsident derzeit leidvoll erfährt.

- Stoppen Sie die Zuschüsse und Fördergelder an alle politischen Vereine und Organisationen sowie an alle Firmen. Wohltaten darf man als verantwortungsvoller Politiker nicht auf Pump verteilen.

- Verbessern Sie das Kosten- und Projektmanagement bei allen städtischen Bauprojekten. Regelmäßige Kostensteigerungen sind hausgemacht. Das muss nicht sein.

- Nutzen Sie die Vorschläge des Bundes der Steuerzahler sowie die Vorschläge der Reformkommission Bau von Großprojekten.

- Senken Sie bis zum Wegfall der Nettoneuverschuldung wirksam die freiwilligen kommunalen Leistungen.

- Verzichten Sie notfalls auf Fördermittel des Landes, wenn der städtische Anteil nur durch Kredite gedeckt werden kann.

Meine Damen und Herren, das ist ein sehr wichtiger Punkt. Haben Sie Mut zum Verzicht. Es wird gern argumentiert, dass man schnell handeln müsse, damit man die Fördergelder vom Land oder vom Landschaftsverband nicht verliere. Diese Gelder fallen aber doch nicht vom Himmel. Es sind ebenfalls Steuergelder. Im Falle des Landschaftsverbandes wurden diese Gelder dem Haushalt der Stadt Köln durch die Landschaftsumlage entzogen. Dass diese Abgabe in diesem Jahr auch noch größer ausfällt, haben CDU, SPD und FDP im Landschaftsverband ja gerade erst beschlossen.

Diese Art der Argumentation ist auch generell abzulehnen. Ich mache Ihnen das einmal an einem Beispiel plausibel. Stellen Sie sich folgendes Szenario vor: Sie sind völlig überschuldet. Ihre Einnahmen reichen nicht aus, um Ihre Belastungen zu schultern. Doch da kommt Ihr Großonkel um die Ecke und sagt Ihnen, dass er Ihnen für den Fall, dass Sie sich ein neues Auto kaufen, 30 Prozent davon bezahlt. Nun, was machen Sie? In der realen Welt lehnen Sie dankend ab. Das alte Auto muss noch halten; denn Sie

können sich die 70 Prozent der Kosten, die Sie selbst tragen müssen, nicht leisten.

In der Ratswelt sieht das anders aus. Da schaut man auf die 30 Prozent, die man von anderer Seite bekommt, und gibt mit leeren Kassen die 70 Prozent aus, die man überhaupt nicht hat.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, zum einen müssen also die Ausgaben gesenkt werden. Aber wie kann man die Einnahmesituation verbessern?

- Verkaufen Sie Teile des städtischen Grundbesitzes. Der Markt ist dafür günstiger denn je.
- Stellen Sie die städtischen Beteiligungen auf den Prüfstand, und verkaufen Sie solche, die nicht zu den originären Aufgaben einer Stadt gehören.

Setzen Sie diese Einnahmen ausschließlich zur Schuldentilgung ein. Wir bieten Ihnen unsere Mitarbeit an einem Masterplan zum Schuldenabbau an.

Lesen und verstehen Sie die Anregungen, die die IHK Köln seit Jahren macht. Noch besser: Setzen Sie diese um. Nehmen Sie das Hilfsangebot der Wirtschaft doch an.

Meine Damen und Herren, geben Sie nicht das Geld unserer Enkel aus, nur um die Schulden zu begleichen, die Ihre politischen Väter geschaffen haben.

Deshalb lautet meine Bitte an Sie: Stimmen Sie gegen diesen Haushaltsentwurf. Stimmen Sie für die Zukunft dieser Stadt. Sie kann nur dann rosig sein, wenn wir beginnen, den Haushalt zu konsolidieren. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Jetzt wird für uns noch Herr Beckamp sprechen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Okay. Dem steht nichts im Wege.

Roger Beckamp (AfD): Vielen Dank an den OB-Kandidaten der AfD, Herrn Rottmann. - Jetzt haben Sie noch 5 Minuten das Vergnügen mit mir. Ich werde noch ein paar Einzelaspekte thematisieren und mit dem auch von Herrn Petelkau schon angesprochenen Krankenstand in der Kölner Verwaltung beginnen. Der Krankenstand

liegt bei nahezu 10 Prozent. Diese Zahl war von Ihnen auch schon einmal eingebracht worden. Diese 10 Prozent standen jedenfalls in der Presse. Herr Petelkau hat es ein bisschen euphemistisch „knapp 8 Prozent“ genannt.

Ein solcher Krankenstand bedeutet einen Ausfall von knapp 1 700 Mitarbeitern, die Tag für Tag, Jahr für Jahr ihre Arbeitsleistung für die Kölner Bürger nicht erbringen. Eine Senkung dieses Krankenstandes nur um 1 Prozentpunkt entspricht 170 Mitarbeitern - das wird die Linke auch interessieren -, die mehr zur Arbeit gehen. Bei Durchschnittskosten von 50 000 Euro pro Mitarbeiter - das sind auch Ihre Worte aus dem AVR - kommt durch einen um 1 Prozentpunkt gesenkten Krankenstand ein Betrag von 8,5 Millionen Euro je Jahr heraus. Natürlich kann man diese 8,5 Millionen Euro nicht als direkte Ersparnis ansehen, aber doch als möglichen Wert für eine Leistungserhöhung. Noch einmal: durch eine Senkung des Krankenstandes um 1 Prozentpunkt. Das ist in erster Linie eine Frage der Führung und Motivation der Mitarbeiter.

Daneben gibt es aber noch einen weiteren Aspekt, den ich gerne kurz skizzieren möchte. Ich nenne es einmal: Kölner Modell für Eigenverantwortung bei Bagatellen. Änderungen im Tarifrecht sind - das sollen sie auch bleiben - eine Sache der Tarifpartner. Wir können aber Empfehlungen abgeben. Die Stadt Köln könnte genau das tun. Die Einführung von zwei Karenztagen pro Mitarbeiter und Krankmeldung ist bisher ein Tabuthema bei allen Gewerkschaften und ähnlichen Genossen. Es ist aber eine durchaus sinnvolle Idee, das subjektive Risiko, wie es versicherungstechnisch auch heißt, und die Eigenverantwortung mit dem sozial Verträglichen zu kombinieren.

Eine solche Lösung könnte etwa wie folgt aussehen:

- Einführung von zwei Karenztagen je Krankmeldung und Mitarbeiter
- Wegfall dieser Karenztage beispielsweise für diejenigen, die sich in Kölner Sportvereinen sportlich betätigen oder an Vorsorgeuntersuchungen teilnehmen; da kann man sich einige Dinge ausdenken
- Nach einer Testphase von zwei oder drei Jahren und einem guten Ergebnis kann man vielleicht auch zur Parität von Arbeitgeber und Arbeitnehmer zurückkehren.

Alle diese Bausteine könnte man ausprobieren und dem Verhandlungspartner im öffentlichen Dienst anempfehlen. Dann könnte Köln eine Vorreiterrolle spielen. - So viel als Idee: Karenztage für die Kölner Verwaltung.

Jetzt haben wir noch jede Menge Zeit; wunderbar. Dann komme ich noch einmal auf Herrn Börschel zurück, der eben von Kulturförderabgabe sprach und dann die CDU und die FDP lobte. Er hat sich nur in der Wortwahl geirrt. Es sollte eher „Hotelförderabgabe für das Kölner Umland“ heißen; denn ein großes Chemieunternehmen aus Leverkusen hat seine Mitarbeiter weltweit angewiesen, keine Kölner Hotels mehr zu buchen, wenn sie nach Leverkusen kommen, und zwar wegen des Aufwandes, der mit genau dieser Kulturförderabgabe verbunden ist.

(Lachen bei der SPD)

- Das gibt es. Ich habe es sogar vorliegen. Das ist so.

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]:
Die Übernachtungszahlen steigen und steigen und steigen!)

Ein weiterer Punkt sind die Elternbeiträge für Kitas, zu denen wir nachher noch kommen werden. Sie wollen die Kitabeiträge weiter erhöhen - herzlichen Glückwunsch dazu -, und zwar für die oberen Einkommen um über 20 Prozent. Das heißt, dass Leute, die ein bisschen mehr verdienen, demnächst 600 Euro pro Kind und Monat zahlen müssen. Das ist Wahnsinn. Es ist absurd, dass gerade Eltern immer in Anspruch genommen werden sollen, während an anderen Stellen das Geld mit vollen Händen ausgegeben wird.

Die entsprechenden Beispiele haben Sie eben selber genannt. Sie haben von Subventionen für Ateliers gesprochen, von finanziell und ästhetisch fragwürdigen Großprojekten und von teuren Kultursparten mit minimaler Nutzung. Das ist ein Zitat.

Rat und Verwaltung müssen sich endlich einmal klarmachen, warum sie solche Prioritäten setzen, und das auch rechtfertigen.

Fragen Sie Ihre Freunde in der Landesregierung doch einmal, wieso Kitaplätze immer teurer werden und ein Studium kostenlos sein soll.

Ein weiterer schöner Punkt: Wir werden heute wieder ganz viel Geld in die Hand nehmen, um - Zitat - den Abbau von Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung zu finanzieren. Was soll das sein? Linke und Grüne, die sich beide für demo-

kratisch halten, und auch die SPD leben diese Ziele selber nicht. Das erleben wir hier im Rat allmonatlich immer wieder. Dieses Geld ist vielmehr für links-grün-affine Lobbygruppen da und bleibt ohne Wirkung. Geld der Bürger wird verteilt - ohne Wirkung.

Sie müssen dabei auch nicht die Pflichtleistungen der Stadt bemühen; denn - das ist ein ganz wichtiger Aspekt, der immer verborgen bleibt - Pflichtleistungen bedeuten, dass Sie gewisse Leistungen erbringen müssen. Das Ob der Leistung ist geregelt, aber nicht das Wie. Das Wie der Leistung obliegt Ihnen alleine. Das wird bisher nicht klar umgesetzt - wobei Frau Jahn das wieder nicht verstanden hat.

Insofern: Denken Sie einmal darüber nach, was bisher alles gelaufen ist und warum es gerade so und nicht anders gelaufen ist. Rechtfertigen Sie sich für das ganze Geldausgeben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe pro Köln auf. Herr Wiener, bitte.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Zuschauer auf der Rattribüne und an den Bildschirmen! Der geplante Haushalt 2015 für die Stadt Köln wurde hier von meinen Vorrednern bereits aus den verschiedensten Blickwinkeln ausführlich beleuchtet. Ich will mich deshalb auf einige wenige Aspekte konzentrieren, die meines Erachtens bei dieser Debatte noch zu kurz gekommen sind.

Da wäre zum einen die grundsätzliche Frage nach der Ehrlichkeit in der ganzen Diskussion. Seit zehn Jahren höre ich nun schon im Finanzausschuss

(Martin Börschel [SPD]: Sie kommen doch nie!)

und im Stadtrat von den Vertretern der Altparteien beim Thema Finanzen stets das Gleiche: Wir müssen anfangen, zu sparen - irgendwann mal.

Gleichzeitig wächst der Kölner Schuldenberg von Jahr zu Jahr weiter in astronomische Höhen. Allein im Haushalt 2015 soll die Neuverschuldung 280 Millionen Euro betragen. Insgesamt drückt die Stadt Köln und damit ihre Bürger bereits ein Schuldenberg in Milliardenhöhe.

Dies wird zwar auch von den Vertretern der Altparteien seit Jahren in finanzpolitischen Sonntagsreden beklagt. Ändern tun die handelnden Personen daran aber nichts. Eine grundlegende Wende wurde in all den Jahren, in denen ich das hier auch persönlich miterleben durfte, nicht erreicht. Ja, es wurde noch nicht einmal ernsthaft versucht.

Wie denn auch, wenn man sich trotz des riesigen Kostendrucks an die heiligen Kühe der Kölner Haushaltspolitik nicht herantraut?

Seit Jahrzehnten gehören zum Beispiel die Personalkosten für die rund 17 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Köln zu den absoluten Schwergewichten im Haushalt. Während in der freien Wirtschaft bei chronischen Verlusten früher oder später natürlich auch beim Personal nachhaltig der Rotstift angesetzt werden muss, gilt diese betriebswirtschaftliche Vernunft bei der Stadt Köln offenbar nicht.

Liegt das vielleicht daran, dass die Stadt Köln und ihre stadtnahen Betriebe seit Jahrzehnten auch als Belohnungs- und Sozialwerk der Altparteien für verdiente Parteimitglieder erhalten müssen?

Jedenfalls sehen die aktuellen Planungen in Summe keine Einsparungen und Stellenkürzungen vor, sondern das genaue Gegenteil. Das muss man beim Thema Personal natürlich auch anführen - zusätzlich zu den richtigen Ausführungen, die wir hier schon zum Thema Krankenstand gehört haben. In der Tat ist er in dieser Stadt exorbitant hoch.

Ein weiterer Punkt - auch das darf unserer Ansicht nach nicht verschwiegen werden - sind die ideologischen Lieblingsprojekte der vorwiegend rot-grünen Seilschaften, die diese Stadt seit Jahren regieren. Schätzungsweise über 100 Millionen Euro im Jahr muss die Stadt Köln inzwischen schon aus eigener Kasse allein für die Kosten der teils selbst verschuldeten Asyl- und Flüchtlingswelle nach Köln aufbringen - selbst verschuldet, weil Köln mit seinen freiwilligen Luxusrichtlinien zur Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern und Illegalen in der Vergangenheit geradezu wie ein Magnet auf diesen Personenkreis gewirkt hat.

(Martin Börschel [SPD]: Pfui! Pfui, pfui!)

- Da brauchen Sie nicht Pfui zu schreien. Das ist die Wahrheit. Wir von pro Köln sind dafür da, dass wir auch ab und zu mal ein Körnchen Wahrheit in diese Ratsdebatten einführen.

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]:
Rassismus ist das!)

Es kamen und kommen nicht nur jährlich Tausende Personen mehr nach Köln, als der landesweite Verteilungsschlüssel es eigentlich vorsieht. Zusätzlich lässt die Stadt Köln sich diese Personen auch noch mehr kosten als viele andere deutsche Kommunen. So ist die Kölner Unterbringung in regulären Privatwohnungen und Hotelzimmern bis hin zur Viersternekategorie ja beinahe schon legendär, während deutsche Hilfsbedürftige mit Wohnberechtigungsschein oder Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen bei der Wohnungssuche immer öfter das Nachsehen haben.

Trauriger Höhepunkt der Entwicklung ist aktuell die Entscheidung der städtischen Wohnungsbau-Gesellschaft GAG, dem regulären Wohnungsmarkt jährlich Hunderte Mietwohnungen zu entziehen, um sie ausschließlich an Asylbewerber zu vergeben.

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Dummschwätzer!)

Ich frage Sie: Wo ist da die soziale Gerechtigkeit?

Ein weiteres entlarvendes Mosaiksteinchen ist die finanzielle Alimentierung der sonstigen Asyl- und Migrantinnenindustrie durch städtische Gelder. So leistet sich die Stadt Köln nun zum Beispiel erstmals ein eigenes Budget von rund einer halben Million Euro für den sogenannten Kölner Integrationsrat, den ich schon lange Desintegrationsrat nenne, weil er genau das Gegenteil von gelebter, tatsächlicher Integration im Sinne einer Assimilierung betreibt.

Gleichzeitig werden 280 Millionen Euro an neuen Schulden zulasten der einheimischen steuerzahlenden Bevölkerung und ihrer Kinder und Kindeskinde aufgenommen werden müssen. Das muss man doch alles einmal ins Verhältnis setzen, und das muss man auch einmal im Zusammenhang ansprechen dürfen.

Das einzige Feld, auf dem die Altparteien dagegen seit Jahr und Tag sparen, sind die Ausgaben für die städtische Infrastruktur und die sonstige kommunale Daseinsvorsorge. Die Haushaltsposten zum Unterhalt von Brücken, Straßen, Schulen, Kindergärten, städtischen Kliniken, Senioreneinrichtungen und vielem anderen mehr sind seit Jahren chronisch unterfinanziert.

Gleichzeitig steigen jedes Jahr irgendwelche städtischen Abgaben und Gebühren für die Nor-

malbevölkerung: Grundsteuer, Gewerbesteuer, Hundesteuer, Kindergartenbeiträge, Müllgebühren, Parkgebühren, Schneesteuer, Eintrittspreise für Schwimmbäder, Theater und Museen und vieles andere mehr - jedes Jahr ein neues Späßchen für die einheimische steuerzahlende Bevölkerung, die Ihr finanzpolitisches Versagen aus ihrem eigenen Geldbeutel ausgleichen muss.

Verantwortlich für den neuen Haushalt zeichnen offiziell SPD, Grüne, Piraten und CDU. Die Linkspartei enthält sich wohlwollend. Zumindes wurde das im Finanzausschuss so gehandhabt. Diese Parteien tragen also die politische Verantwortung für eine ungerechte und unverantwortliche Haushaltspolitik auf Kosten der nächsten Generationen; denn während Jahr für Jahr neue Schulden aufgenommen werden, werden buchhalterisch die letzten städtischen Rücklagen gegengerechnet, um offiziell nicht als überschuldet zu gelten und in ein von außen verordnetes Haushaltssicherungskonzept zu geraten, was de facto eine Entmachtung und Entmündigung des Kölner Rates bedeuten würde, weil man dann über die Kommunalaufsicht fremdverwaltet würde.

Das will man natürlich verhindern. Dafür nutzt man diese äußerst zweifelhaften buchhalterischen Methoden, die man auch als Milchmädchenrechnung bezeichnen könnte; denn die Verantwortlichen von SPD, Grünen und CDU wissen doch genau, dass die angeblichen Vermögenswerte der Stadt Köln, mit denen der immer größere Schuldenberg gegengerechnet wird, zum großen Teil nur fiktiv sind.

Konkret gesprochen: Wie sollten irgendwann zum Abtragen von Schulden öffentliches Straßenland, Brücken oder Plätze zu Geld gemacht werden? Oder: Soll es demnächst wieder Brückenzölle über die Kölner Rheinbrücken geben? Spötter sagen ja, dass diese bereits jetzt in Form von Dutzenden Blitzeranlagen von den Autofahrern eingetrieben werden.

Es bleibt also dabei: Die Altparteien betreiben eine Finanzpolitik der verbrannten Erde. „Nach mir die Sintflut“ und „Hauptsache die nächste Kommunalwahl überstehen“ müssten die Überschriften über Ihre Haushaltsreden ehrlicherweise lauten. Was für ein Armutszeugnis für angeblich verantwortungsbewusst handelnde Parteien und Personen!

Die Ratsgruppe pro Köln lehnt den Haushaltsentwurf 2015 deshalb natürlich in aller Deutlichkeit ab und fordert alle verantwortungsbewussten

Mitglieder dieses Rates dazu auf, diesen Haushalt ebenso abzulehnen. - Vielen Dank.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich darf nun Herrn Hegenbarth bitten, seine Haushaltsrede für die Piraten vorzutragen.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Sehr geehrte Frau Elfi Scho-Antwerpes! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich - das muss ich einfach kurz aufnehmen - der FDP für die ganz bestimmt gut gemeinten Ratschläge zu unserer Einschätzung und der Perspektive unserer Partei danken.

(Ralph Sterck [FDP]: Das waren die Grünen!)

Sie wissen ja ganz genau, wie es ist, wenn man ständig aus Parlamenten rausfliegt und auch wieder reinkommt.

(Beifall bei den Piraten und der SPD)

Ich kann Ihnen sagen: Dort, wo Piraten kommunal besonders aktiv sind - das sind wir hier ja auch -, zum Beispiel in Berlin, liegen die Umfrageergebnisse wieder bei über 5 Prozent.

(Markus Wiener [pro Köln]: Sie haben da ja Erfahrung!)

Ich muss Sie - auch Sie da hinten - also nachhaltig enttäuschen, was Ihre Hoffnung angeht, dass Sie uns auf Dauer loswerden. Ganz im Gegenteil! Ich bin motiviert.

(Beifall bei den Piraten und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD - Zuruf von Markus Wiener [pro Köln])

- Genau die Richtigen schreien jetzt auf. Das finde ich gut.

Auch als Pirat bin ich sicherlich kein Freund von nautischen Vergleichen. Aber manchmal genügt wohl eine frische Brise, um den Haushalt voranzubringen.

„Haushalt in Köln - Rückwind durch Piraten“ hat die *Kölnische Rundschau* vergangene Woche getitelt. Da ist sicherlich verdammt viel dran. Wir sind uns ziemlich sicher, dass dieser Rückenwind auch die Union gar nicht erst in das Fahrwasser einer überzogenen Sparpolitik gebracht hat, wie dies gerade vonseiten der Liberalen hier noch einmal deutlich klargemacht wurde. Wo wä-

re denn der scharfe Wind hergekommen, wenn es uns nicht gäbe, Herr Sterck?

Wir sind auch sicher, dass durch diesen Rückenwind letztendlich auch die von der Stadtverwaltung vorgesehenen Kürzungen zurückgenommen wurden.

Ganz nebenbei findet sich durch diesen Rückenwind auch die Handschrift der Piraten im aktuellen Haushalt wieder.

Entscheidungen zu treffen, die Tausende von Menschen betreffen, ist kein Privileg von großen Parteien. Warum auch? Wir sind uns dieser Verantwortung sehr bewusst und handeln mit Augenmaß vor dieser Herausforderung.

Fundamentalopposition ist genauso wenig Voraussetzung für das politische Handeln kleiner Parteien oder Gruppen. In schwierigen und knappen Zeiten nicht für Gespräche und Lösungen zur Verfügung zu stehen, hält unsere Gruppe für fahrlässig und unverantwortlich;

(Martin Börschel [SPD]: Sehr richtig!)

denn unsere 8 177 Wähler haben uns mit dem Auftrag gewählt, die Inhalte und Ziele, für die wir angetreten sind, auch umzusetzen.

(Beifall bei den Piraten)

Sach- und inhaltsbezogene Themen stehen nicht nur bei den Kölner Piraten ganz vorne auf der Agenda des politischen Handelns. Bereits das vergangene Jahr über haben wir eine deutliche Handschrift hinterlassen. Kompetenz und Fachwissen haben wir schon allein durch unsere vielen angenommenen Anträge bewiesen.

Nicht ganz ohne Stolz kann ich feststellen, dass wir bereits jetzt mehr erreicht haben als viele Gruppen und kleine Fraktionen zusammen. Da lassen wir uns gerne auch Streber nennen, wie ich das erst vor kurzem von dem einen oder anderen gehört und auch in sozialen Netzwerken gelesen habe.

(Beifall bei den Piraten - Martin Börschel [SPD]: Das ist nur Neid!)

Den politischen Gegner mag es ja langweilen und wahrscheinlich sogar ärgern. Die Kölnerinnen und Kölner sehen aber, dass wir, wenn es darauf ankommt, in schwierigen Zeiten konstruktiv an Lösungen und Vorschlägen arbeiten.

(Beifall bei den Piraten sowie bei Teilen der SPD)

Farbenspiele sind eben nicht unser Ding - genauso wenig wie Vorverurteilung und Blockdenken dahin gehend, mit wem man denn zusammenarbeiten soll oder muss; denn es kommt nicht darauf an, ob nun Rot-Grün, Schwarz-Rot, Schwarz-Gelb, Jamaika oder eine Ampel diesen Haushalt geprägt haben, sondern darauf, dass die entscheidenden Verbesserungen, aber auch die Rücknahmen der sozialen Kürzungen unter aktuellen Konstellation so möglich waren.

Beispielhaft nenne ich hier die neuen Förderrichtlinien in der neuen offenen Kinder- und Jugendarbeit, die eine Weichenstellung bedeuten. Das ist ein erster guter Schritt in die richtige Richtung.

Im aktuellen Haushalt sind uns zwei Punkte besonders wichtig, die auch durch unser Einwirken nun den Stellenwert bekommen, den sie verdienen.

Zu der digitalen Agenda und der Weiterentwicklung der Internetstadt Köln: Die digitale Agenda muss aus unserer Sicht einen starken Bürgerbeteiligungsaspekt bekommen. Hier ist vieles denkbar und möglich. Wien und Stuttgart haben einiges vorgemacht, was die Frage angeht, wie man die Einwohner auch bei dieser Thematik noch besser mitnehmen kann. Wir sind ebenfalls vorsichtig optimistisch, dass mit den nun bereitgestellten Mitteln auch das ehrgeizige Ziel der Internetstadt Köln in vielen Punkten weiter vorangetrieben werden kann. Wir werden auch daran weiter dranbleiben und auf die sinnvolle Verwendung der Gelder achten.

Unsere langfristigen Ziele und Forderungen beinhalten eine stärkere Förderung der freien und unabhängigen Kulturszene. Das betrifft zum Beispiel den schon angesprochenen Punkt der Klubkultur, der sich nun entsprechend im Haushalt wiederfindet.

Wir werden - das ist sicherlich kein Geheimnis - dem Haushalt nun zustimmen, und mit uns wird es in Zukunft ganz genauso weitergehen.

Thematisch geht es uns um:

- den fahrscheinlosen ÖPNV

(Beifall bei den Piraten)

- die legalen Graffitiflächen, zu denen wir hier bereits eine Initiative gestartet haben

- die Digitalisierung auch für einkommensschwache Familien, nicht nur im Bereich der Bildung

- die - das ist sicherlich umstritten - Diskussion um die weitere Legalisierung von Cannabis oder den sinnvollen medizinischen Einsatz von Cannabis; da macht uns die Stadt Frankfurt zurzeit exemplarisch etwas vor; das ist ein ganz spannendes Projekt; darüber werden wir sicherlich auch noch diskutieren
- den Freifunk
- die Stärkung der ehrenamtlichen Internetszene
- die Förderung der IT-Branche
- und, und, und

Die Kölnerinnen und Kölner dürfen bei diesen Themen durchaus gespannt bleiben. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit. Ihre Streber aus der letzten Reihe

(Heiterkeit und Beifall bei den Piraten, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Hegenbarth. - Jetzt spricht Herr Zimmermann für Deine Freunde.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch Deine Freunde übernehmen Verantwortung für die Stadt Köln, wenn sie den Haushalt 2015 heute ablehnen. Eine Stadt braucht nicht nur tragfähige Mehrheiten; eine Stadt wie Köln braucht auch dringend eine konstruktive Opposition -

(Beifall bei Deinen Freunden sowie bei Teilen der CDU)

eine Opposition, die Ideen, Vorlagen und Anträge und die daraus resultierenden Prozesse kritisch begleitet und in der dann anstehenden Entscheidung Nein sagt, wenn sie meint, dass es notwendig ist, aber auch zustimmen kann, wenn sie von der Sache überzeugt ist.

Alle, die in den Vorberatungen aus strategischen Überlegungen eine Enthaltung oder Zustimmung zum Haushalt signalisiert haben, finden sich nun in einer RieKo wieder, einer Riesenkoalition.

Die Situation seit der Kommunalwahl im vergangenen Mai 2014 wird so immer absurder. Auch wenn verständlich ist, dass der Ausgang der Oberbürgermeisterwahl für Mehrheiten im Rat nicht uninteressant ist, ist die große Einigkeit bei

der Haushaltsentscheidung kaum nachzuvollziehen.

Von der Enthaltung der Linken bis hin zu den früheren Sparfüchsen von der CDU - alle machen mit. Dabei ist am Haushalt 2015 genug auszusetzen, auch wenn er auf den ersten Blick niemandem richtig wehtun will.

Für Deine Freunde gibt es zwei entscheidende Gründe, diesen Haushalt abzulehnen, und einen dritten Weg, für den wir in zukünftigen Verhandlungen werben wollen.

Der erste Grund: Eine immer höhere Verschuldung verstößt nicht nur gegen den Generationenvertrag. Ebenso wichtig ist die Frage, wer unsere Schulden eigentlich zurückzahlt. Hier zeigen alle Beobachtungen der vergangenen Jahrzehnte, egal ob in den Krisenstaaten Südeuropas oder bei uns in der Bundesrepublik, dass es immer die sozial Schwachen sind, die am Ende die Zeche zahlen müssen. Daher halte ich persönlich Haushalte, die auf Pump basieren, immer für zumindest stark fragwürdig.

In den Beratungen zum Haushalt 2010 kündigte unser frisch gewählter Oberbürgermeister ob der notwendigen Sparmaßnahmen ein großes Heulen und Zähneklappern an.

Darüber, dass dieses Heulen und Zähneklappern bis heute nicht eingesetzt hat, kann man sich natürlich freuen. Seine Ursache hat das aber darin, dass wir uns seitdem in einem Dauerwahlkampf befinden, in dem keiner den Wählern wehtun möchte.

Wir sind gespannt, wann in Köln endlich der Zeitpunkt eintritt, an dem wir zu einer dezernatsübergreifenden Sparkultur kommen. So kann es nicht weitergehen.

Der zweite Grund für unsere Ablehnung ist die zu zaghafte Umsteuerung unseres Riesentankers Köln. Wir wollen hier nicht das gesamte weltweite Horrorszenerario an die Wand werfen. Die besorgniserregenden Meldungen zum Klimawandel reichen uns aus. Trotz leichter Verbesserungen, etwa den geringfügigen Stellenzusetzungen beim Team des Fahrradbeauftragten, wirkt alles weiter viel zu zaghafte und reicht bei weitem nicht aus. Wenn wir Klimaschutz ernst meinen, muss auch in Köln schneller mehr passieren. Die Mutlosigkeit bei SPD und Grünen hat uns wieder einmal enttäuscht.

Die letzten Monate und Wochen war viel von Köln als der wachsenden Stadt zu hören. Wir halten den Begriff „wachsend“ jedoch für eine Art

Euphemismus. Vielleicht wächst die Einwohnerzahl Kölns, aber gewiss nicht unser Stadtgebiet. Köln wird in Wirklichkeit enger. Und in einer enger werdenden Stadt brauchen wir für ein spannendes Zusammenleben mehr Grün, mehr Freiräume und mit Sicherheit auch weniger Verkehr.

Ein Beispiel: Mit den Ausbauplänen des Niehler Gürtels setzen wir ein vollkommen falsches Signal. Es ist schon absurd: Ausgerechnet eine rotgrüne Mehrheit im Rat möchte in Köln ein gewaltiges Straßenneubauprojekt vorantreiben.

Wir fordern hier stattdessen die Verwirklichung des Gürtels als Grünzone mit einer Variante 6: keine Autostraße, stattdessen eine neue ansprechende Radwegeverbindung von Mülheim über Nippes bis nach Ehrenfeld.

Auch beim dringend benötigten Wohnungsbau müssen wir aufpassen, dass wir unser Grün nicht antasten. Stattdessen fordern wir, dass wir zusammen mit der privaten Wirtschaft auch über die Umnutzung von Gewerbeflächen nachdenken. So haben wir in Köln riesige versiegelte Flächen, die lediglich als Parkplatz dienen.

Wenn wir es schaffen, die Firmen zu überzeugen, auch nur einstöckige offene Parkdecks zu realisieren, werden wir direkt viel Platz für neue Wohnungen und neues Grün schaffen.

Das wäre schon ein Beispiel für einen Umgang mit den Ressourcen, wie wir ihn uns für die Zukunft vorstellen.

Diesen dritten Weg will ich unter die Überschrift „Gewinn durch Verzicht“ stellen. Diese vielleicht pietistische Ansicht ist im prallen katholischen Köln sicher schwierig zu vermitteln. Lassen Sie es mich dennoch versuchen. Gewinn durch Verzicht bedeutet natürlich nicht Kürzungen bei allen, die unsere Hilfe benötigen. Wir wollen aber für einen Verzicht auf Projekte werben, die sich eine Stadt wie Köln mit derart hohen Schulden nicht mehr leisten kann.

Die Einwohner unserer Stadt schütteln zu Recht den Kopf, wenn sie etwa die Bau- und Reinigungskosten einer Treppe am Rhein nicht mehr mit den zunächst vorgeschlagenen Kürzungen im Sozialetat zusammenbekommen.

Ein weiteres Beispiel wäre der Verzicht auf den Umbau des Ebertplatzes. Anfang der 1990er-Jahre lebte ich im Agnesviertel. Damals war es vielleicht ein Unort, aber heute doch gewiss nicht mehr. Verzichten wir auf den Umbau, gewinnen

wir Ressourcen und bekommen vor allem den Kopf frei für wichtigere Dinge.

Ein ähnliches Beispiel: die neue Historische Mitte. Das ist eine interessante Idee. Doch Köln kann sich das eigentlich nicht leisten. Verzichten wir darauf, einen Klotz durch einen anderen zu ersetzen, und gewinnen wir Ressourcen zur Erhaltung der bestehenden Museen und der freien Szene.

Letztes Beispiel: Der gerade schon genannte Verzicht auf den Ausbau des Niehler Gürtels erspart Köln nicht nur viel Geld; mehr ungestörtes Grün und eine gute Radwegeverbindung wären ein wichtiger Gewinn für uns alle.

Wenn von Sparen gesprochen wird, erschrecken die meisten, weil sie damit in der Regel Kürzungen im Sozialbereich verbinden. Wir haben versucht, aufzuzeigen, dass auch das Gegenteil möglich ist: Geld bei zweifelhaften Projekten sparen, einen Teil in die Haushaltskonsolidierung stecken und den anderen Teil in sinnvolle Ideen wie den Ausbau der Bürgerhäuser oder des Bürgerhaushalts investieren.

Dabei sind wir nicht lustfeindlich und können uns durchaus ein Ja zu Ideen wie einer neuen Rheinbrücke in der Innenstadt vorstellen. Aber lassen Sie uns doch bitte mit solchen Projekten so lange warten, bis unsere Kämmerin uns auch eine schwarze Null im Haushalt präsentieren kann.

(Lachen bei der FDP - Ulrich Breite
[FDP]: Das erleben wir nicht mehr!)

- 2020.

Während manche auf eine breite linke Mehrheit im Rat setzen, kann ich nur sagen: Wir sehen diese nicht. Weder sehen wir auch nur eine wirklich linke Partei im Rat, noch halten wir dieses Lagerdenken für zeitgemäß. Modernes Denken sieht für uns anders aus. Auch wenn wir den vielen - leider nur niedergeschriebenen - ökologischen und sozialen Positionen von SPD und Grünen auf den ersten Blick näher stehen, wollen wir dieses politische Lagerdenken überwinden. Es mag vielleicht in der Paulskirche seinen Sinn gehabt haben.

Deine Freunde wollen in Zukunft lieber mithelfen, Mehrheiten zu bilden, die sich in der Sache finden. Es kann nicht sein, dass wir auch hier in Köln oft keine Entscheidungen treffen können, ohne auf Mehrheiten in Berlin oder Düsseldorf oder auf einen Koalitionsvertrag zu achten.

(Beifall bei Deinen Freunden und der FDP)

Dies halten wir im Übrigen auch für demokratieschädlicher als die Anwesenheiten von zehn Parteien und Wählergruppen hier im Rat. Aber dazu heute Nachmittag mehr!

Wir suchen eine neue, progressive Mehrheit, eine Mehrheit, die Fortschritt ebenso zeitgemäß wie notwendig neu definiert. Für uns bedeutet dies eine ökologische und sozial ausgerichtete Politik, eine Politik, die sich zur Aufgabe und auch die Mühe macht, auch die Zweifler zu überzeugen: „Suchet der Stadt Bestes.“

Hier haben wir in den letzten Monaten einen beginnenden Wandel festgestellt. Wir freuen uns darüber, dass wieder mehr einander zugehört wird. Wir freuen uns über Unterstützung der CDU wie jüngst im Verkehrsausschuss und nehmen auch gerne Herrn Börschel beim Wort, der sich gerade damit einverstanden erklärt hat, sich in der zukünftigen Verkehrsplanung an Städten wie Kopenhagen oder Zürich zu orientieren.

(Beifall bei Deinen Freunden und dem Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Liebe Kolleginnen der Riesenkoalition, nehmen Sie es bitte nicht persönlich. Der Haushalt 2015 ist sicher keine Katastrophe. Er entspricht aber eben auch nicht unseren dargelegten Vorstellungen. Daher lehnen wir ihn ab.

Wir warten mit unserer Zustimmung, bis uns eine Oberbürgermeisterin oder ein Oberbürgermeister einen Haushalt vorlegt, der uns mit Mut und Tatkraft auf einen wirklichen Wandel wie die Abkehr von der autogerechten Stadt einschwört.

Schon bald werden wir über den Haushalt 2016 verhandeln. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns weiterhin mit in die Gespräche einbezögen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Deinen Freunden und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Zimmermann. - Wir kommen zu Herrn Henseler.

Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin hier - das habe ich schon mehr-

fach gesagt - teilnehmender Beobachter. Als letzter Redner vor der Mittagspause laufe ich natürlich Gefahr, das eine oder andere, was schon gesagt worden ist, zu wiederholen. Ich hoffe, dass ich das in Grenzen halten kann, kann aber nahtlos an den Beitrag meines Vorredners anknüpfen.

Ich war als Vertreter der Freien Wähler nicht in die Absprachen zwischen den Fraktionen und Gruppen, die den Haushalt tragen, eingebunden und kenne sie auch im Einzelnen nicht. Die Idee, dass man in der Kommunalpolitik keine Koalitionen fest bildet und installiert, halte ich für außerordentlich bemerkenswert. Man wird in der Gemeindeordnung dazu auch nichts finden. Wir sind hier als Rat und Verwaltung eine Einheit. Die bisherige Praxis in Köln von Koalition und Opposition ist in der Gemeindeordnung nicht vorgesehen. Daher betreten Sie da kein Neuland, sondern eher - so will ich es an die Adresse der Piraten einmal formulieren - illegales Gelände.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Insofern ist das, was Sie da machen, durchaus piratisch. Sie besetzen nämlich einen in der Gemeindeordnung nicht vorgesehenen Bereich.

Jetzt möchte ich allerdings doch noch ein paar Dinge zu den haushalterischen Rahmenbedingungen und Einzelheiten sagen. Die ökonomischen Rahmenbedingungen, in die der Haushalt in seinem Vollzug eingebettet ist, sind wohl allen bekannt. Sie sind nicht ganz so optimal wie für den Haushalt des vergangenen Jahres, für den die Schlussrechnung mit dem zu erwartenden Defizit noch nicht vorliegt. Eine Schätzung der Kämmerin geht von einem Minus von mindestens 200 Millionen Euro aus. In der Regel lag es in der Vergangenheit - 2012, 2013 - höher.

Als wir vor der Kommunalwahl den damaligen Haushalt beschlossen haben, befanden wir uns auf dem Höhepunkt der Konjunktur, und die Zinsen lagen auf einem absoluten Tiefpunkt. Die Zinssätze haben sich auch bis heute noch nicht wesentlich verändert. Verändert haben sich allerdings die konjunkturellen Aussichten, und die Finanzwelt stellt sich auf steigende Zinsen ein. Was das für die wachsende Schuldenlast der Stadt bedeutet, kann sich jeder ausrechnen.

Trotzdem sind Sie in die Haushaltsberatungen des vorvergangenen Jahres mit einer Lücke von ungefähr 300 Millionen Euro gestartet, die Sie in den Beratungen mit Ach und Krach um 35 Millionen Euro reduziert haben. Damit haben Sie mit

einem blauen Auge die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts bei der Bezirksregierung erreicht - nicht ohne der GAG eine Sonderabführung in Höhe von 5 Millionen Euro abzufordern.

Hier haben damals auch einige andere aufgezeigt, dass die strukturelle Unterdeckung des Haushalts, also die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben, fortbesteht und die Tendenz hat, eher zu wachsen, als kleiner zu werden. Ich werde anschließend noch einmal deutlich machen, dass diese Einschätzung eingetreten ist und dass wir uns von der schwarzen Null im Jahre 2024, die jetzt auch schon mehrfach angesprochen worden ist, eigentlich mehr entfernen, als dass wir uns ihr annähern würden.

Daran ändern auch die kleiner werdenden Prozentreihen der Kämmerin bezogen auf dieses Jahr nichts. Sie sind reines Wunschdenken und durch nichts hinterlegt.

Wir haben für den Haushalt des vergangenen Jahres ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept vorgeschlagen. Darauf sind Sie natürlich nicht eingegangen. Deshalb rechne ich auch nicht damit, dass Sie unserem Vorschlag, den wir für diesen Haushalt erneut unterbreiten, jetzt zustimmen.

Wie sehen nun die Eckdaten für den kommenden Haushalt aus? Statt mit 300 Millionen Euro wie beim vergangenen Mal ist der Entwurf mit einer Deckungslücke zwischen Ausgaben und Einnahmen in Höhe von 447 Millionen Euro in die Beratungsphase gestartet. 280,3 Millionen Euro davon sollen durch eine Entnahme aus der Rücklage gedeckt werden. Letzteres ist eine beschönigende Bezeichnung für eine Kreditaufnahme in Höhe von, wie die Kämmerin in ihrer Haushaltsrede gesagt hat, 4,78 Prozent des Gesamthaushalts. Die gesetzliche Obergrenze für diese Operation liegt bei 5 Prozent des Gesamthaushalts. Auch darauf ist schon hingewiesen worden.

Dann hat die Kämmerin allerdings zu einem kleinen Trick gegriffen und noch die fehlenden 167 Millionen Euro als Ertrag in den Haushalt eingebucht. Das ging deshalb, weil dieser Betrag durch Einsparungen bei den Dezernaten gedeckt werden soll. Davon seien 100 Millionen Euro bereits identifiziert; die verbleibenden 67 Millionen Euro würden durch Mehrerträge und Minderaufwendungen erbracht; diese würden dann wiederum durch einen integrierten Managementprozess erreicht - so die Haushaltsrede der Kämmerin.

Es stellte sich jedoch heraus, dass es bis unmittelbar vor der heutigen Verabschiedung des Haushaltes nicht gelang, diese 100 Millionen Euro einzusparen, sondern lediglich 80 Millionen Euro eingespart werden können. Es verbleiben 87 Millionen Euro. Diese Ausgangszahlen sollen jetzt in Verbindung mit einer pauschalen Sparvorgabe von der Bezirksregierung im Rahmen der Haushaltsplangenehmigung abgesegnet werden.

In den Haushaltsplanberatungen der Fraktionen der SPD, der Grünen und der CDU und der Gruppe der Piraten sind zwar auch Umschichtungen zwischen den Einzelplänen vorgenommen worden. Herr Börschel hat heute Morgen von einer Größenordnung von etwa 23 Millionen Euro gesprochen. Wesentliche Einsparungen über die 80 Millionen Euro hinaus, die von der Verwaltung eingespart werden, kann ich jedoch weder im Gesamtveränderungsnachweis noch im Veränderungsnachweis 6 erkennen.

Hier ist das Gegenteil der Fall - und das vor dem Hintergrund, dass die Bezirksregierung bei der Genehmigung des letzten Haushaltes erklärt hat - ich zitiere aus dem Genehmigungsschreiben der Bezirksregierung vom 16. März 2013 -:

Die aktuelle Haushaltsplanung sieht für die Jahre 2013/2014 sowie für den gesamten weiteren Finanzplanungszeitraum die kontinuierliche Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage vor und bewirkt einen fortschreitenden Verzehr des Eigenkapitals.

Weiter schreibt die Bezirksregierung:

Konkrete Angaben, auf welche Weise man dem Konsolidierungsbedarf im Finanzplanungszeitraum gerecht zu werden gedenkt, finden sich allerdings in der aktuellen Anzeige nicht. Stattdessen erfolgen die bekannten Hinweise auf die beabsichtigten Implementierungen von Strategien zu Planung, Steuerung und Erfolgskontrolle des jährlichen Haushaltes.

Meine Damen und Herren, wenn die Bezirksregierung diese Ihre Erklärungen zu den Haushalten 2013/2014 ernst nähme, dürfte sie den Haushalt so, wie Sie ihn heute hier verabschieden wollen, unter keinen Umständen genehmigen.

(Beifall bei der FDP und der AfD)

Es gilt nämlich das Prinzip: Damals standen wir am Abgrund; heute sind wir schon einen Schritt weiter.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Dieser Haushalt wäre zu meiner Zeit als Beigeordneter vom damaligen Regierungspräsidenten Antwerpes nie genehmigt worden.

Täuschen Sie sich nicht: Wenn Sie trotz allem von der Bezirksregierung ein Testat - mit oder ohne Auflagen - erhalten, sind Sie nicht über den Berg. Je länger Sie den Beginn der strukturellen Konsolidierung hinausschieben, desto härter wird der Aufschlag in der Realität.

Meine Damen und Herren, wie man in dieser Situation einen Stellenplan mit 825 Mehrstellen, die man zusetzen möchte, dauerhaft finanzieren will - von den 250 entfristeten Stellen will ich erst gar nicht reden -, ist mir absolut schleierhaft. Ich halte dies für ein verheerendes Signal. Wir reden immerhin über jährliche Mehraufwendungen in Höhe von mindestens 50 bis 70 Millionen Euro.

Das ist auch im Städtevergleich absolut einzigartig. Bei 1 Million Einwohnern erreichen wir einen Stellenplan mit 17 000 Stellen. Die Stadt Frankfurt hat bei 700 000 Einwohnern nur 10 000 Stellen in der Verwaltung. Hochgerechnet auf 1 Million Einwohner, wären das 14 000 Stellen. Das sind 3 000 Stellen weniger als in der Kölner Verwaltung.

Allein diese Zahl zeigt mir, dass bei uns etwas furchtbar schief läuft. Unsere Situation ist nicht der hohen Zahl der Flüchtlinge, die wir zu versorgen haben, oder den steigenden Sozialausgaben geschuldet. Sie spielen natürlich auch eine Rolle. Entscheidend ist bei uns aber der fehlende Wille zu strukturellen Verbesserungen. Damit ist nicht gesagt, dass Bund und Land mit zusätzlichen Mitteln zur Flüchtlingsunterbringung beitragen müssten. Selbstverständlich müssen sie das. Wir müssen aber auch einen eigenen Beitrag zur Strukturverbesserung leisten und dürfen nicht wie Herr Frank sagen: Wir können unseren Haushalt nicht aus eigener Kraft ausgleichen.

Das können wir natürlich nicht, wenn wir so weitermachen, meine Damen und Herren. Daher müssen wir nach Auffassung der Freien Wähler drei wesentliche Veränderungen einleiten.

Erstens. Wir benötigen in Rat und Verwaltung eine Kultur des wirtschaftlich soliden Handelns. Es geht nicht, dass eine Fachbeigeordnete für den Fall der aufsuchenden Verbraucherberatung er-

klärt, dass wir auf die angebotene zweijährige Landesförderung verzichten, weil wir das danach nicht alleine finanzieren können, und der Oberbürgermeister sie anweist, das Projekt trotzdem zu realisieren. Ich frage Sie: Wie soll damit ein Beispiel für sparsame Haushaltsführung gegeben werden?

Zweitens. Wir benötigen die politische Setzung von Prioritäten im Haushalt. Das heißt naturnotwendig, dass es auch weniger wichtige Aufgaben geben muss, die wegfallen können.

Drittens. Der Rat muss bei der Haushaltssanierung mit gutem Beispiel vorangehen. Es geht zum Beispiel nicht, dass Sie sich bei der zweiten Sitzung nach der Kommunalwahl die Fraktionsmittel kräftig erhöhen. Sie müssen das Gegenteil tun.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, reduzieren Sie die Anzahl der ehrenamtlichen Bürgermeister um mindestens zwei. Bauen Sie die Anzahl der Stadtbezirke gleich um drei ab. Machen Sie die Erhöhung der Fraktionsmittel rückgängig. Schaffen Sie die Dienstwagen für Beigeordnete, Bürgermeister und Fraktionsvorsitzende ab.

(Beifall bei der AfD und pro Köln)

Vergeben Sie stattdessen einen Abrufauftrag an Mietwagenunternehmen.

Wenn Sie auf diese Weise mit gutem Beispiel vorangehen würden, hätten die Bürgerinnen und Bürger auch Verständnis für weitere schmerzhaft eingeschnittene Einschnitte, ohne die eine strukturelle Konsolidierung unseres Haushalts nicht gelingen wird, wie im Rahmen eines freiwilligen Haushaltssicherungskonzepts.

Ich komme zum Ende. Es wird nicht ohne drastische Kürzung von freiwilligen Leistungen gehen - Einstellungsstopp; Personalabbau; alle diese Dinge, die natürlich vor einer Kommunalwahl als grauselig empfunden werden.

Diese Einschnitte sind zweifellos schmerzhaft und sozial einseitig. Daher muss über die Einnahmeseite des Haushalts die soziale Symmetrie gewahrt werden - Steuererhöhungen zum Beispiel bei der Gewerbesteuer; höhere Gebühren; Festlegung von Eintrittsgeldern in sozial unproblematischen Bereichen. Das darf ebenso wenig ein Tabu sein wie der Verkauf von städtischen Gesellschaften und Gesellschaftsanteilen.

Meine Damen und Herren, glauben Sie mir: Haushaltskonsolidierung ist ein langer und steiniger Weg. Tun Sie endlich den ersten Schritt. Dann haben Sie die Freien Wähler auf Ihrer Seite. Solange Sie aber diesen notwendigen Schritt verweigern, können wir dem Haushalt nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Henseler. - Damit haben wir die Haushaltsberatungen beendet und die Reden zum Haushalt abgeschlossen.

Bevor wir gleich unter Tagesordnungspunkt 11 den Gesamthaushalt beschließen können, müssen wir noch einige Beschlüsse fassen, die sich noch nicht im Rahmen der Beratungen des Finanzausschusses erledigt haben. Dazu wollen wir, wie eben beschlossen, keine neue Rederunde einberufen, sondern diese Punkte jetzt nacheinander abhandeln.

Zu Tagesordnungspunkt 7.3:

7 In die Haushaltsplanberatungen verwiesene Beschlussvorlagen

7.3 Neufassung der Entgelt- und Benutzungsordnung der Volkshochschule zum 1. Semester 2016 1593/2015

Gibt es Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von FDP, pro Köln und Herrn Henseler. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 7.19:

7.19 Satzung über die Elternbeiträge zu Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztagschulen ab 1. August 2015 1816/2015

Dieser Punkt ist statt des Punktes 7.2 aufgenommen worden.

Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Linke, die FDP, pro Köln, die AfD und Herr Henseler. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 8.1:

8 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung

8.1 Richtlinie zur Förderung der offenen Kinder- und Jugendarbeit 1814/2015

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 8.2:

8.2 Richtlinie zur Förderung kultur- und medienpädagogischer Facheinrichtungen Köln 1815/2015

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der AfD ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9:

9 Bürgerhaushalt 2015 - Umsetzung der Vorschläge 1251/2015

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen. - Ich bedanke mich.

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

10 Stellenpläne

10.1 Stellenplan für das Jahr 2015 (inkl. Stellenplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln) 1510/2015

Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Zu dem Stellenplan ist heute Vormittag im Laufe unserer Sitzung noch eine Anlage erschienen, die erste Hinweise zur konzeptionellen Umsetzung hinsichtlich der Ordnungskräfte enthält. Ich möchte darum bitten, dass diese Anlage auch als Mitteilung unmittelbar an den AVR geht; denn er muss sich ja damit befassen. Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Es ist eine Aufforderung des Finanzausschusses gewesen, entsprechende konzeptionelle Vorüberlegungen anzustellen. Das ist mit dieser Anlage geschehen. Sie geht dann natürlich auch an den AVR; selbstverständlich.

Dann können wir über den Stellenplan unter Tagesordnungspunkt 10.1 abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Deinen Freunden ist er so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.2:

**10.2 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters
Köln für das Kalenderjahr 2015
0156/2015**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist ein sehr tonales, harmonisches Ergebnis für das Gürzenich-Orchester: einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.3:

**10.3 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln
für das Kalenderjahr 2015
0172/2015**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Enthaltung von der FDP und pro Köln. Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

**10.4 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Jahr 2015
1516/2015**

Gibt es Gegenstimmen? - Nicht. Enthaltungen? - Ebenfalls nicht. Einstimmig angenommen.

Damit kommen wir im Ergebnis zu Tagesordnungspunkt 11:

**11 Haushaltssatzung und Haushaltplan der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2015
1826/2015**

Wer für diesen Haushaltsplan stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der SPD; das ist die Fraktion der Grünen; das ist die Fraktion der CDU; das ist die Gruppe der Piraten. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. ist der Haushaltsplan 2015 beschlossen.

Ich bedanke mich für die Beratungen, die heute hierzu stattgefunden haben.

Wir sehen uns um 15 Uhr zur regulären Ratssitzung wieder.

(Schluss: 11.59 Uhr)